

offensiv links

bewegung für sozialismus föj



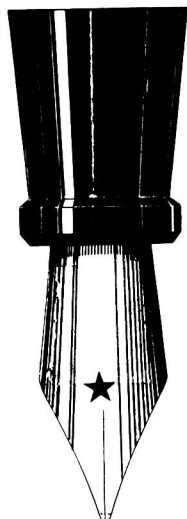
März 1978

Wiener U-Bahn:

Kein Licht am Ende
des Verkehrstunnels?

Kambodscha/Vietnam:

Bruderkampf oder
Stellvertreterkrieg?



Editorial

Im Herbst finden in Wien Gemeinderatswahlen statt. Wir wollen in dieser Ausgabe mit einem kommunalpolitischen Schwerpunkt einen Anfang setzen für eine fortdauernde Behandlung von Problemen und Fragen, die in den Bereich Kommunalpolitik fallen.

Neben "Ganz alltäglichen Geschichten", "Betrifft: Rechtsstaat" und der ständigen Beilage einer zeitgeschichtlichen Dokumentation wollen wir bis zu den Fußballweltmeisterschaften im Sommer durch weitere Artikel die internationale Kampagne gegen die Militärdiktatur in Argentinien unterstützen und in einigen Artikeln auch auf jene Aspekte der "Großmacht Sport" hinweisen, die sie für chauvinistische und verdummende Zwecke der Massenhysterie geeignet machen.

Wir haben unseren Lesern seit der Jänner-Ausgabe "offensiv links" mit einem neuen Gesicht präsentiert. Neben inhaltlichen Verbesserungen wollen wir auch im gesamten Aussehen (alles, was zum Formalen jeder einzelnen Seite gehört) weitere Verschönerungen durchführen, die der besseren Lesbarkeit dienen sollen.

"offensiv links" ist kein losgelöstes Zeitungsprojekt. "offensiv links" ist Informations- und Diskussionsorgan der Bewegung für Sozialismus (FÖJ). "offensiv links" wird von freiwilligen Mitarbeitern geschrieben, eingerichtet, zusammengelegt und vertrieben. Trotzdem lassen sich bestimmte Kostensteigerungen nicht vermeiden (Papier, Satz, Druck). Wir bitten daher unsere Leser um ihr (politisches) Verständnis für die Erhöhung des Einzelpreises von bisher fünf auf acht Schilling und der Abonnement-Gebühren von bisher fünfzig auf achtzig Schilling im Jahr.

Und noch etwas: wir freuen uns nicht nur über jeden Leserbrief, wir nehmen auch gerne Berichte, Informationen, Anregungen und fertige Artikel entgegen.

Inhalt

- 3 Planung - Fehlplanung - Un-Planung
- 5 Wiener U-Bahn: Kein Licht am Ende des Verkehrstunnels
- 7 Ganz alltägliche Geschichte
- 10 Betrifft: Rechtsstaat
- 12 Der Fall Leyrer: Jagdszenen aus der Steiermark
- 14 Umwelt - Terrorismus
- 14 Extra-Klasse
- 14 Verräterische Trauer
- 15 "Eurokommunismus": Eine Kritik von Links
- 18 Spanien: Gewerkschaften nach Franco
- 21 Portugal: Zwischen Bankrott und Erpressung
- 23 Tunesien: Panzer gegen Streikende
- 25 Kambodscha/Vietnam: Bruderkampf oder Stellvertreterkrieg?
- 28 Argentinien: Fußball macht nicht frei

Beilage : N. I. Bucharin - die Unperson

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT WIEN
VERLAGSPOSTAMT 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof).

Telefon: 33 83 374.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Organisationsmeinungen müssen als solche gekennzeichnet sein.

Einzelpreis: S 5,-

Abonnement: S 50, - (jährlich).

Kontonummer:

223-102-976, Länderbank Wien.

PLANUNG – FEHLPLANUNG – UN-PLANUNG

Planung als „Institution“

Hoheitliche Planung, planender Staat — ist das nicht etwas für autoritäre, dirigistische Länder á la Sowjetunion? Planung in der heilen westlichen Welt, im Paradies der Freiheit, der Brüderlichkeit und der Gleichheit, wo die freie Marktwirtschaft uns allen Glück und Wohlstand bringt? Nun ja, man hat auch bei uns erkannt, daß es so etwas wie Marktversagen gibt, wo die Marktwirtschaft keineswegs Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit bringt und daß dieser sozusagen periphere Bereich der Marktwirtschaft vom öffentlichen Sektor getragen werden muß, im Interesse der bestehenden Mächte im Staat. Aufgabengebiete, wie Bildung, Forschung, Gesundheit, Verkehr, sozialer Wohnungsbau etc. werden vom Staat (öffentlicher Sektor) getragen und stellen einerseits für einen großen Teil des Marktes unmittelbare Produktionsvoraussetzung dar und sind andererseits gesellschaftspolitische Instrumente, die der jeweiligen politischen Situation in der parlamentarischen Demokratie entsprechend eingesetzt werden können: Infrastrukturplanung als politisches Machtmittel für Österreich. Institutionell ausgedrückt: in Richtung politisches Leitziel der Bundesregierung planende Ministerien, in Richtung politische Leitziele der Länder planende Landesämter sowie in Richtung politische Leitziele der Gemeinden bzw. Gemeinderäte planende Gemeindeämter bzw. Magistrate: jede Gebietskörperschaft plant und trifft Entscheidungen für ihren Kompetenzbereich. Die Koordinierung der Kompetenzen in vertikaler und horizontaler Richtung kennzeichnet die gut funktionierende Bürokratie. Inwieweit wir in Österreich eine gut funktionierende Bürokratie haben, ist hier nicht zu beurteilen. Tatsache ist, daß Planungsversagen (geplantes Ziel – erreichtes Ziel) auf Grund mangelnder Koordinierung der planenden Stellen auch in Österreich auftritt.

Wir sprechen dann auch von Zielkonflikt. Klassisches Beispiel von Planungsversagen auf Grund eines Zielkonfliktes wäre das Projekt der städtebaulichen Gestaltung des Wiener Donaubereiches, wo die Gemeinde Wien als planende Gemeinde (bzw. als pla-

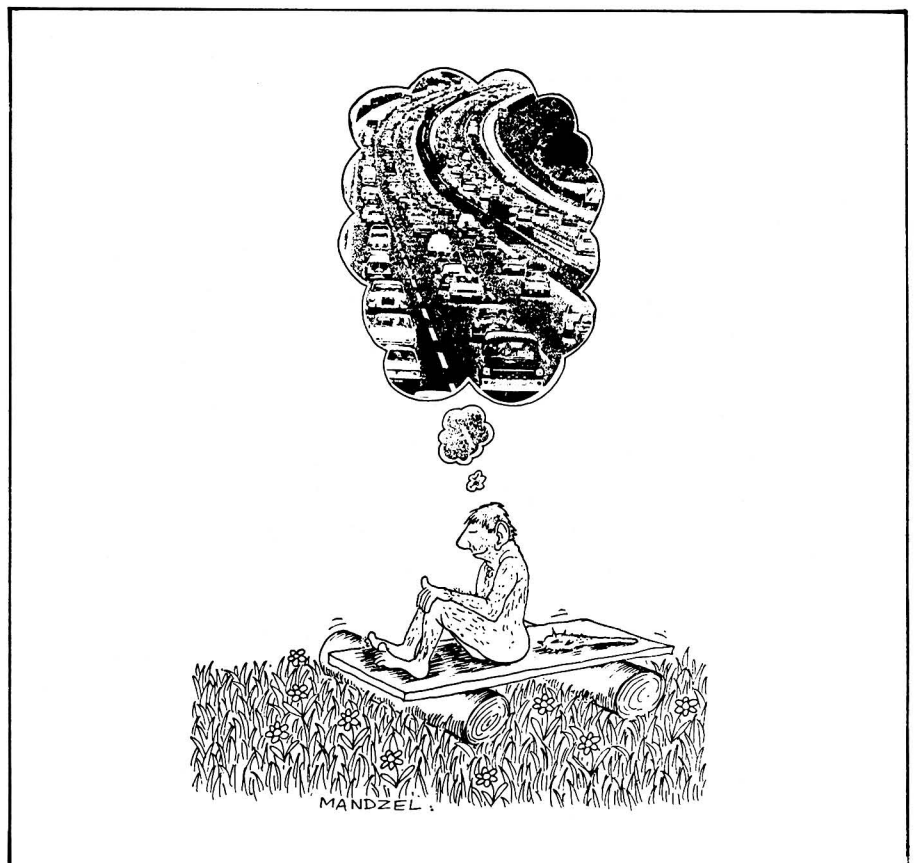
nende Gemeinde, bzw. als planendes Land) mit dem Bau der Donauinsel eine Verstärkung der Wohn- und Erholungsfunktion des Donaubereiches anstrebt, während die Republik Österreich (das Bundesministerium für Bauten und Technik) den Bau der Donauuferautobahn beschlossen hat, um den Individualverkehr zu beschleunigen. Nun scheint die Barrierewirkung der Autobahn zur Donau hin in Verbindung mit der Lärmentwicklung und den sonstigen Umweltbelastungen einer Hochleistungsstraße unvereinbar mit der angestrebten Verstärkung der Wohn- und Erholungsfunktion des Donaubereiches, für den Wiener unter dem Slogan: "Wien an die Donau" aufbereitet. / siehe auch "Wien aktuell", Heft 8/9, 1977 /

Neben der sektoralen, auf den jeweiligen Kompetenzbereich beschränkten Planung entstand 1954 durch ein Verfassungsgerichtshofurteil in Österreich die seit langem geforderte institutionelle Basis für die integrierte raumwirksame Gesamtplanung: danach ist Raumplanung Landessache, d. h. es obliegt den einzelnen Landesparlamenten, Gesetze, die den Tatbestand Raumplanung betreffen, zu

beschließen. Dabei darf natürlich weder Bundes- noch Gemeindekompetenz beschnitten werden. Konkret geht es in diesen Landesgesetzen um die Institutionalisierung der örtlichen Raumplanung, die verfassungsmäßig dem eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde zuzuzählen ist. Die Gemeinde wird in Art. 116 BVG als Gebietskörperschaft mit Recht auf Selbstverwaltung definiert. Das heißt, die Gemeinde entscheidet mittels Flächenwidmungsplan über die Nutzung ihres Bodens.

Planung in der politischen Realität

Wir haben in Österreich, wie wir gesehen haben, eine sektorale und eine territoriale Ebene der hoheitlichen Planung, ein Instrumentarium, das sehr effizient sein könnte, aber nur unter einer Bedingung: ein klar formuliertes Leitziel von Seiten des Staates oder der Parteien, d. h. eine klare transparente politische Linie



wäre erforderlich, um dieses ganze Instrumentarium in eine Richtung hin einzusetzen. Zielformulierungen, wie Freiheit und sozialer Ausgleich, sind nunmal zu schwammig, um Politik mittels Planung zu machen. Politiker oder Technokraten, wie sie bei uns in den Machtpositionen sitzen, sind auch meistens sehr schwammig (schleimig), weiters sind ihnen durch das österreichische Phänomen der Sozialpartnerschaft die Hände gebunden, und das Wichtigste: Jeder Politiker ist halt doch nur auf begrenzte Zeit seiner Machtstellung sicher. Das heißt: das Leitziel für alle Planungen bleibt für die Partei (den Politiker), nach 4 Jahren wieder oben zu sein. Dieses Ziel läßt sich am besten durch möglichst kurzfristige Planungen erreichen, wo Planung und Planungsergebnis möglichst in der gleichen Legislaturperiode zu verwirklichen sind. Das kommt unserer krisengeplagten spätkapitalistischen Zeit sehr entgegen. Planung wird immer mehr zur "Feuerwehrpolitik" oder zur Gestaltungs- und Anpassungsplanung. Als klassische Demonstration dieser Feuerwehrpolitik wäre die Gründung der Planungsregion Aichfeld-Murboden anzusehen. Ihr Ziel: möglichst kurzfristig 2000 bis 3000 Arbeitsplätze für vor der Entlassung stehende Berg- und Grubenarbeiter (mit hohem Kommunistenanteil) zu schaffen. Unter dem Motto "Geld ist kein Problem" finanzierten sich drei Großbetriebe des

feinmechanischen Bereiches (Bauknecht, Siemens, Eumig) mit einer runden öffentlichen Milliarde ihre Betriebsmodernisierungen. Insgesamt wurden vom öffentlichen Sektor rund 2,5 Mrd. Schilling in die Region gepumpt... Hoffentlich gibt's nicht bald eine Krise im feinmechanischen Bereich.

Als klassisches Beispiel der Anpassungsplanung sei nur das Phänomen Individualverkehr in Großstädten erwähnt: Das Problem der verstopften Straßen ist für unsere Verkehrsplaner und vor allem auch für unsere Bauwirtschaft nur durch Verbreiterung der Straßen, Neubau von Straßen, möglichst viele Stadtautobahnen etc. zu lösen. Einschränkungen für den Individualverkehr in der Stadt? – Das ist anscheinend für einen österreichischen Politiker unpopulär. – Warum? – wenn es um die "heilige Kuh" Auto geht, da sind sich alle einig. Hinterfragt wird da nichts. Für die, die es noch nicht wissen: Ein Autobahnanschlußknoten benötigt eine Fläche, die in etwa jener des ersten Wiener Gemeindebezirkes entspricht.

Planung und Mitbestimmung

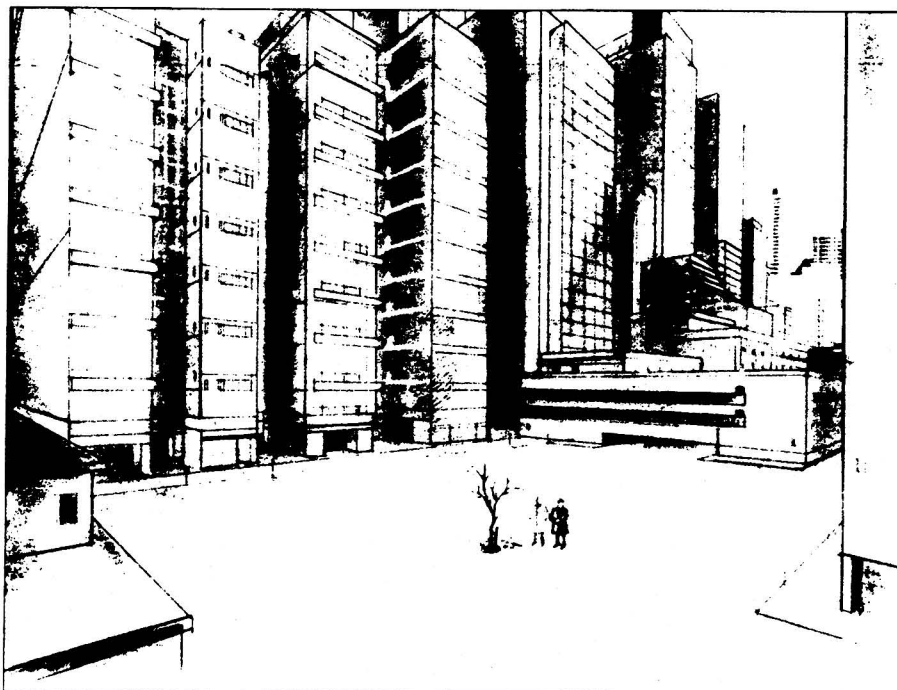
Eine Frage, die sich da jeder demokratisch gesinnte Mensch stellen muß, ist, ob denn da überhaupt nichts dagegen zu machen ist, daß wir nicht über diese "tagespolitische Attraktivität"

Planung" hinauskommen. Vielleicht, wenn die Kritikfähigkeit all jener erhöht würde, deren politisches Engagement über das zyklische "Zur-Wahlurne-Schreiten" nicht hinausgeht; oder wenn wir die Planung ein bißchen transparenter machen würden, wenn der Staat ein bißchen mehr Interesse an politischer Mitsprache der Bevölkerung hätte, dann wäre es sicher möglich, diese dafür zu interessieren. Aber solange leitende Beamte der Planungspolitik nicht von Partizipation, sondern von Partizipations"strategie" sprechen, solange wird Planung das Monopol der Technokraten bleiben und gesellschaftspolitische Planung im besonderen wird sich weiterhin in Richtung Verwischung der Klassegegensätze, Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse und Mandatsgewinn bei der nächsten Wahl entwickeln.

Es gibt natürlich auch Ausnahmefälle, wo planende Stellen echter organisierter Partizipation äußerst offen gegenüberstehen. Beispiele dafür gab und gibt es vor allem in den Bundesländern Tirol und Vorarlberg, aber eigentlich nur auf Klein- bis Mittelgemeindeebene. Vielleicht ist das ein neuer Anfang oder es ist nur die Fortsetzung einer sehr alten Tradition des Mißtrauens gegen die Obrigkeit.

Auf städtischer Ebene, wo die kommunalen Entscheidungsprozesse undurchsichtiger und anonymer werden, wo es leicht ist, bei Planversagen den "schwarzen Peter" hin- und herzuschieben, da müssen wir schon über unsere Staatsgrenze hinüber nach Italien, genauer nach dem "roten Bologna" schauen, um so etwas wie echte Beteiligung der Bürger am Planungs- und damit am politischen Entscheidungsprozeß wahrzunehmen.

Nichtsdestoweniger ist Planung vor allem auf Landesebene (da heißt es oft auch Raumordnung – Raumplanung hat so etwas Dirigistisches an sich) ein politischer Kassenschlager. In Niederösterreich ist zum Beispiel der Landesrat für Finanzen auch Landesrat für Raumordnung und jede im jeweiligen Bundesland sich an der Macht befindende Partei wiegt die Raumplanung und Raumordnung als ihre in letzter Zeit wichtigste Geburt, die immer wichtiger wird. Planung als Wahlaufhänger geht durch den Mund der Parteistrategen.



»Tja, der Herbst hat schon etwas Deprimierendes«

H. Hauser ★

KEIN LICHT AM ENDE DES VERKEHRS- TUNNELS

Mit nahezu byzantinischem Pomp ist am 25. Februar 1978 die Wiener U-Bahn eröffnet worden, besser gesagt: die erste U-Bahn-Teilstrecke. Denn es sind insgesamt nur etwa drei Kilometer, und die ganze Wiener U-Bahn-Planung legt die Frage nahe, ob die Politiker ihre Festreden zu Recht geschwungen haben.

Schon in den fünfziger Jahren hatte die ÖVP auf Drängen der Wiener Bauwirtschaft den Bau einer U-Bahn gefordert. Die Baufirmen erhofften sich so gesicherte Aufträge auch nach Abschluß des Wiederaufbau-Booms. Die SPÖ-Stadtverwaltung lehnte damals alle U-Bahn-Pläne kategorisch ab. Sie stützte sich auf Verkehrsprognosen, die im folgenden von der Wirklichkeit jedoch rapid überholt wurden. Die Motorisierung erfolgte schneller als vorhergesehen, und anstatt diesem Trend gegenzusteuern und die öffentlichen Verkehrsmittel zu einer attraktiven Alternative auszubauen, machte die Wiener Stadtverwaltung das gerade Gegenteil. Die Linienlänge der Straßenbahn sank von 453 km (1938) auf 291 km (1974). Anstatt die Straßenbahn vom Individualverkehr zu trennen (eigene Gleiskörper etc.), wurden 17 Straßenbahnlinien auf Autobusse umgestellt. Die Reisegeschwindigkeit dieser Busse war schließlich nicht höher als die der aufgelassenen Tram. Auch die Reisegeschwindigkeit der übriggebliebenen Straßenbahnen ist mit 14 Stundenkilometer eine der langsamsten Europas.



Wiener U-Bahn : Auf 3,1 km Länge in ein neues Zeitalter?

Autoverkehr vor öffentlichem Verkehr

Anstatt dem öffentlichen Verkehr Vorrang einzuräumen, wurde er dem Autoverkehr untergeordnet. Um die Rotphasen der Autofahrer am Ring zu verkürzen, wurden die durchgehenden Linien am Ring gekappt (sie hätten sonst eine eigene Abbiegephase gebraucht), was für die Fahrgäste ein verstärktes Umsteigen zur Folge hatte. Während er früher etwa mit der Linie C von Hernals bis in den 2. Bezirk durchfahren konnte, muß der Fahrgast heute mit der Linie 44 bis zum Schottentor fahren, treppauf-treppab zu den Linien A oder B gehen, am Schwedenplatz aussteigen und jenseits des Donaukanals in den 26er einsteigen. Umgekehrt wurden auch die innerstädtischen Autobuslinien, die früher bis weit in die Vorstädte hinausfuhren, am Ring abgeschnitten. Der Anteil der Fahrgäste, die ohne Umsteigen ihr Ziel erreichen, ist in Wien daher viel geringer als in anderen

europäischen Städten, was die öffentlichen Verkehrsmittel nur noch unattraktiver macht. Auch hat sich die Verkehrserschließung der Stadt insgesamt verschlechtert: während 1938 das gesamte Liniennetz der Verkehrsbetriebe (also Straßenbahn u. Autobus u. Stadtbahn) 590 km betrug, war es 1974 mit 575 km geringer – die neuen Siedlungen am Stadtrand haben die zu versorgende Fläche jedoch stark erweitert. Weiters wurden nach Einführung der Großraumwagen bei der Straßenbahn die Intervalle verlängert, was die Wartezeiten der Passagiere verlängerte. Auch das fixe 15-Minuten-Intervall nach 20 Uhr und die Tatsache, daß die Autobusse am Stadtrand oft nur bis halb neun verkehren, machte das Auto für viele zur Notwendigkeit.

Nachdem die Verkehrspolitik der Gemeinde die Wiener so faktisch zum Autokauf gezwungen hatte, machte das Verkehrschaos nun doch den Bau eines Massenverkehrsmittels in zwei-





U-Bahneröffnung: Realistisches Gedränge und ...

ter Ebene, eben die U-Bahn, notwendig. Denn eine autogerechte Stadt ist bei einem hohen Motorisierungsgrad einfach nicht möglich – die Verkehrsflächen müßten größer sein als die Wohnflächen, und während auf einer sechsspurigen Autobahn in jeder Richtung pro Stunde nur 5.000 Personen befördert werden können, sind es bei der U-Bahn immerhin 40.000. Angemerkt muß dabei jedoch werden, daß jede Verkehrspolitik im Kapitalismus die Folgen des ungeplanten Wirtschaftssystems tragen muß: wenn Wohnung und Arbeitsstätte nicht so weit auseinanderlägen, müßten diese Massen nicht befördert werden...

Das Grundnetz der Wiener U-Bahn zeigt jedoch, daß die Ära der Fehlplanungen keineswegs zu Ende ist:

So wird die U 1 (Reumannplatz–Praterstern) nicht in die Stadtrandgebiete geführt. Anstatt die langen Distanzen zwischen Großfeldsiedlung, Trabrenngründen, Per Albin Hansson-Siedlung und dem Stadtzentrum zu verkürzen, endet die U-Bahn auf halbem Weg und zwingt zu vermehrtem Umsteigen.

Anstatt auf der Wiental- und Donaukanalstrecke der Stadtbahn einen Schnellbahnbetrieb einzuführen, der ab Heiligenstadt auf der Franz-Josefs-Bahnstrecke nach Klosterneuburg–Tulln–Krems und ab Hütteldorf auf der Westbahnstrecke nach St. Pölten weitergeführt werden könnte, wurde die Stadtbahn unwiderruflich auf U-Bahn-Betrieb umgestellt. Die engen Tunneldurchmesser unter dem Karlsplatz ermöglichen nie wieder eine Korrektur dieser Fehlentschei-

dung. Damit ist auch ein leistungsfähiges Nahverkehrsnetz um Wien, das mit Ausnahme der einen Schnellbahnlinie (Gänserndorf bzw. Stockerau–Liesing) nicht existent ist, in Bälde nicht zu verwirklichen, was für die Wien-Pendler noch lange verschiedene Tarife, schlechte Umsteigemöglichkeiten und lange Wartezeiten bedeutet. Daß dafür eine Schnellbahn zum Flughafen gebaut wird, ist für den Nahverkehr (mit Ausnahme des Raumes Schwechat) ohne Bedeutung.

Und anstatt mit der U 2, der umgebauten Zweierlinie, eine in die Außenbezirke (Währing/Döbling bzw. 3. Bezirk) führende Verbindung herzustellen, endet sie am Ringturm bzw. Karlsplatz. Von der Schnapsidee, nach Inbetriebnahme der U 2 die Straßenbahnlinien am Ring aufzulas-

sen, ist man mittlerweile im Rathaus offensichtlich schon abgekommen.

U wie Umsteigen

Auch am Eröffnungstag der U-Bahn war die Freude für die Benutzer nicht ungeteilt. Wenn man davon absieht, daß auf den Gedenktafeln der amtsführenden Stadträte und Bürgermeister, nicht jedoch der am Werk beteiligten Arbeiter gedacht wird, stellte sich für einen Bewohner der Per Albin Hansson-Siedlung die neue Lage so dar: Stieg er früher in den 167er ein und fuhr damit bis zum Ring, so muß er jetzt für die gleiche Strecke zwei Fußmärsche auf sich nehmen – am Reumannplatz zum Umsteigen in die U-Bahn und vom Karlsplatz zum Ring. Noch ärger dran ist sein Wohnungsnachbar, der in den 3. Bezirk will und früher einfach in die Linie O umstieg. Auch er muß jetzt am Reumannplatz in den Keller, am Südtirolerplatz wieder herauf, in die Linie 18 einsteigen und nach einer Station in die nun am Südbahnhof umkehrende Linie O umsteigen. Die Bezeichnung "Umsteigebahn" ist dafür schon gefunden worden, schuld daran ist jedoch keineswegs das neue Verkehrsmittel, sondern die miese Verkehrsplanung der Gemeinde: Warum wurde die U-Bahn nicht weiter nach Süden ausgebaut? Warum wurde Linie O gekürzt und nicht etwa bis in die Neilreichstraße, der Endstation der früheren Linie 66, verlängert?

Die Bewohner der inneren Favoritenstraße und der Gegend um den Columbusplatz sind wiederum Leidtragende der großen Haltestellenabstände der U-Bahn, die zwar die Reisegeschwin-



... operettenhaftes "Volksfest".

digkeit ein wenig verkürzen mögen, für viele aber eine Verlängerung des Anmarschweges zur Folge haben. Machte die Straßenbahn in der inneren Favoritenstraße noch dreimal Station, so gibt es dort nur mehr die U-Bahn-Haltestelle Taubstummengasse. Das genaue Gegenteil ist an der Zweierlinie, der künftigen U 2, zu bemängeln: anstelle der beiden Stationen Bellaria und Schmerlingplatz, hätte eine Station mit zwei Aufgängen denselben Aufschließeffect gehabt, das wäre billiger gekommen und hätte die Reisegeschwindigkeit erhöht. . .

Die von der Gemeinde als Alternative zu einer U-Bahn in den sechziger Jahren erbaute Ustraba erweist sich im übrigen als völlige Fehlplanung, deren Umbau auf U-Bahnbetrieb jetzt Unsummen verschlingt. Nicht nur die Haltestellenabstände sind zu gering, auch die Kurvenradien zu eng und die unterirdischen Kreuzungen im Bereich Matzleinsdorferplatz für eine künftige U-Bahn nicht zu verwenden.

In Zukunft werden wir von der U-Bahn nicht viel erwarten können. Bis 1981 wird das erwähnte Grundnetz fertiggestellt, dann soll die U 1 bis Oberlaa und Kagran verlängert werden (warum nicht gleich bis zur Großfeldsiedlung?) Darüber hinaus herrscht Planungsstopp, von der dann vorgesehenen U 3 (Westbahnhof-Erdberg) ist keine Rede mehr. "Wir werden", erklärte Stadtrat Nekula, "die U-Bahn nicht in dem Ausmaß weiterbauen können wie bisher" (Kurier, 13.10.1977). Nachdem schon bisher das Bautempo bedeutend langsamer war als z. B. in Hamburg und Berlin, sind das eher zynische Worte. Zum schon konstatierten Fehlen eines S-Bahn-Ausbaus jetzt noch der U-Bahn-Baustopp! Und noch etwas läßt aufhorchen: Die kostenintensivere U-Bahn wird künftig eine Vergrößerung des Defizits der Verkehrsbetriebe mit sich bringen. Getreu der sozialdemokratischen Kommunalpolitik läßt sich auch schon die Lösung dieses Problems absehen: Eine Erhöhung der Tarife. Es ist zwar schon wiederholt festgestellt worden, daß nur bei einer radikalen Tarifsenkung (etwa auf 3-4 Schilling) die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver würden. Nachdem die SPÖ in Wien sich jedoch auf das Verwalten und das Löcherstopfen beschränkt, werden wir wohl in Bälde 12 Schilling für einen Fahrschein berappen dürfen.

P. L.



GANZ ALLTÄGLICHE GESCHICHTEN

Unter diesem Titel soll hier in Zukunft regelmäßig über Ereignisse berichtet werden, die alle einiges gemeinsam haben: sie geschehen jeden Tag, werden aber in den Medien stiefmütterlich behandelt; die Betroffenen, die Opfer, denen ähnliches tagtäglich passieren kann, sind Arbeiter, Angestellte oder sonstige Unterprivilegierte; die Geschichten sind wahr und spielen vorwiegend im Arbeitsbereich, aber nicht nur dort; und schließlich sind sie Geschichten von Einzelnen oder Gruppen, aber keine "Einzelschicksale" sondern haben alle eine gemeinsame Ursache – das kapitalistische System.

Der Beitrag "Arbeiter leben gefährlich" in der Februarnummer gehörte bereits zu dieser Serie. Zur ersten Geschichte in diesem Beitrag, über den Arbeitsunfall im Magnesitbergwerk Radenthein, der drei Todesopfer forderte, ist ein Nachtrag zu liefern.

Wir stellten damals fest, daß die Schuld an dem Unfall nicht die toten Arbeiter traf, sondern daß die Ursache in einem neuen riskanten Abbausystem, das unerprobt aber profitabel ist, zu suchen sei. Gleichzeitig zeigten wir auf, daß der Bergbau sofort nach der Katastrophe weitergeführt wurde und von einem Einschreiten der Bergbaubehörde nichts bekannt sei.

Anfangs Februar, fünf Wochen nach dem Unglück, teilte der Berghauptmann von Kärnten die Einstellung der Förderung mit und stellte fest "So eine Katastro-

phe könnte sich jederzeit wiederholen". Was wir schon Anfang Jänner sagten. Schön, daß die zuständigen Behörden nun auch daraufgekommen sind.

Wie schaut es eigentlich in den anderen Bergbaubetrieben aus, müssen dort auch erst drei Arbeiter sterben?

Getrennte Ehe

Das Ehepaar Walter (70) und Rosina Schicketanz (64) wohnte seit 28 Jahren in einem Haus am Mayburger Kai in Salzburg. Die Hausbesitzer wollten das Ehepaar draußen haben, wahrscheinlich um Platz für zahlungskräftigere Mieter zu bekommen. Nach einem Jahr Kündigungsverfahren siegten die Hausbesitzer. Das Ehepaar sollte bis Ende 1977 die Wohnung räumen. Ein Anwalt bemühte sich um Aufschub, um wenigstens eine Delogierung in der kalten Jahreszeit zu verhindern. Er berief sich dabei auf eine Empfehlung des Justizministers, Delogierungen nicht im Winter durchzuführen. Dem zuständigen Richter Dr. W. Lindinger war das egal – Frau und Herr Schicketanz mußten Ende Jänner 1978 ihre Wohnung räumen. Weil sie sich eine neue gemeinsame Bleibe nicht leisten können, leben sie jetzt getrennt. Walter hat ein kleines Zimmer an seinem Arbeitsplatz am Salzburger Flugplatz bezogen, Rosina Schicketanz ist zu Verwandten nach Oberösterreich gezogen.

Das Ehepaar hat in seiner Not an den Ombudsmann der "Kronzeitung" geschrieben und Herr Zilk fragt nun in seiner Kolumne, ob es nicht jemanden gibt, der den Leuten helfen könn-



te. Das ist gut so, und tatsächlich wurde schon oft Einzelnen geholfen, nachdem ihr "Fall", als tragisches Einzelschicksal dargestellt, in der Zeitung aufgerollt wurde.

Notwendig wäre aber, daß möglichst viele fragen, was das eigentlich für ein Staat ist, in dem ein Siebzigjähriger noch immer arbeiten muß und sich trotzdem keine menschenwürdige Wohnung leisten kann? Und wie es möglich ist, daß solche Urteile "im Namen der Republik", also im Namen des Volkes gesprochen werden?

Aufschlußreiche Statistik

Das Bürgertum ißt und lebt gesundheitsbewußt. Schlankheitsdiäten mit viel magerem Fleisch und viel frischem Gemüse (alles was teuer ist) und keine Kohlehydrate wie Teigwaren, Erdäpfel, Knödel, Brot, Hülsenfrüchte, Einbrenn (alles was relativ billig ist), dazu noch ein bißchen Tennis, Reiten und ähnlich gesunder Zeitvertreib.

Und jetzt für alle, die "ja aber" sagen: das Ergebnis einer Erhebung des Gesundheitsministerium. 9602 Wienerinnen wurden abgewogen, dabei stellte sich heraus, daß der Prozentanteil an Übergewichtigen bezirksweise sehr verschieden ist.

Am wenigsten Übergewichtige gibt es in: Josefstadt, Döbling und Hietzing. Die meisten in Favoriten, Meidling, Brigittenau, Leopoldstadt, Simmering und Floridsdorf.

Also bitte: seid realistisch, zeichnet die Unternehmer und deren Frauen schlank und gesund!

Bei Karikaturen in linken Zeitungen sind Unternehmer, Großbürger, Bonzen meist sehr übergewichtig dargestellt und Arbeiter dünn und ausgemergelt. Das hat früher einmal sicher gestimmt, heute ist es aber umgekehrt – zumindest in unseren Gegenden. Hunger und echte Unterernährung kommen selten und fast ausschließlich in Randschichten vor. Was in der Arbeiterschaft vorherrscht, ist die falsche Ernährung und der einseitige Bewegungsablauf.

Nicht einmal geschenkt

Die Familie Landegger besitzt eine ganze Reihe von Papier- und anderen Fabriken, zum größten Teil in den USA. Unter anderem gehört ihr auch die Welser Papierfabrik. Laut Aussage eines bevollmächtigten Vertreters der Familie im Fernsehen, stellt diese Papierfabrik etwa zwei Prozent des Eigentums der Landegger dar. Für die 1.400 Arbeiter und Angestellten bedeutet der Betrieb aber hundert Prozent ihres Einkommens. Ein nettes Beispiel für die Chancen- und sonstige Gleichheit der Menschen in unserer auch so demokratischen Gesellschaft. Aber wahrscheinlich sind die Welser Papierarbeiterfamilien nicht so fleißig und sparsam wie die Landeggers.

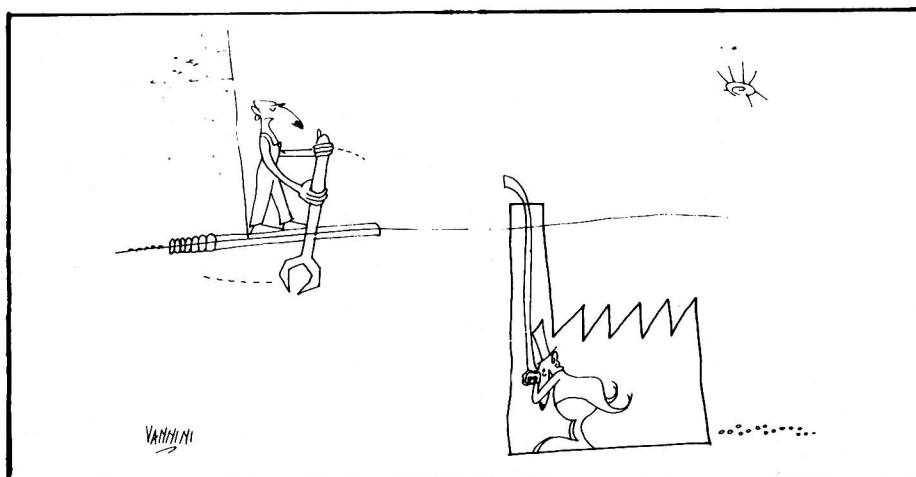
Seit 1980 haben die Landeggers Gewinne aus ihrer Welser Fabrik herausgeholt. Diese haben sie anderswo investiert, und so kam eben eine Fabrik zur anderen. Na und jetzt, nach fast fünfzig Jahren, ist das Welser Werk eben etwas veraltet und macht nicht mehr so richtig Profit. Laut Bilanzen der Geschäftsführung gibt's sogar Verluste und Schulden genug. Dies wäre zwar für die Familie Landegger ein Pappenstil, aber wie kommen sie denn dazu, für ihre Fabrik Schulden zu bezahlen, dafür haben sie sie ja nicht gekauft. Also was ist zu tun, man verkauft – am besten mitsamt den Schulden. Weil aber die Leute, die überlicherweise Fabriken kaufen, genauso denken, ist die Welser Papierfabrik leider unverkäuflich. Die rettende Idee: Schenken wir den ganzen Krepel den Arbeitern und ihrer Gewerkschaft. Die sagen ja immer, daß ihnen die Erhaltung der Arbeitsplätze das wichtigste ist, also sollen

sie auch etwas dafür tun. Die Schulden zahlen und Kredite zum Investieren aufnehmen. Wenn dann der Laden wieder läuft, wird man schon eine Möglichkeit zum Reprivatisieren finden (in England hat's ja mit der Stahlindustrie auch schon einige Male geklappt), und wenn nicht so, dann muß man sich eben mit den Profiten der letzten fünfzig Jahre bescheiden, und wie gesagt, es sind ja nur zwei Prozent des Familienvermögens.

Grundsätzlich wäre die Gewerkschaft ja bereit gewesen. Die Arbeiter, die zum Teil ein Leben lang im Betrieb waren und genau wissen, daß es für sie in der Region keine gleichwertigen Arbeitsplätze gibt, natürlich auch. Aber die näheren Details (auf die wir hier nicht eingehen können) waren eben doch zu ungünstig. Die Gewerkschaft will die Fabrik nicht einmal geschenkt. Daher wird, wie es jetzt aussieht, die Welser Papierfabrik ziemlich sicher am 31. März für immer geschlossen werden. Was wäre zu tun?

Kurzfristig: neue, gleichwertige Arbeitsplätze für die Gekündigten zu schaffen. Und da sollte der SPÖ-Regierung und dem ÖGB etwas anderes einfallen als immer nur neue Subventionen und Steuergeschenke an die Unternehmer. Die finanziellen Ansprüche der Belegschaft an die bisherigen Besitzer zu sichern. Geld haben die genug, und unsere Gesetze sollten auch ausreichen.

Mittelfristig sollte man sich überlegen, wie man Betriebe vergesellschaften (arbeiterselbstverwalten) könnte, solange sie noch florieren oder zumindest noch zu retten sind.



Oberösterreichische Kriminalgeschichte

Die Sicherheit der Österreicher und die angeblich steigende Kriminalität ist seit Monaten der Dauer-Hit der Massenmedien, der ÖVP und der FPÖ im Parlament. Es fällt auf, daß über eine bestimmte Art von Gesetzesverletzungen aber kaum gesprochen wird. Dazu einige Geschichten.

Lehrlingsbetrüger

Die Arbeiterkammer teilt mit, daß 1977 in Oberösterreich jeder dritte Lehrling von seinem Lehrherrn finanziell oder arbeitsrechtlich geschädigt wurde. Bei fast 37 Prozent der überprüften Betriebe wurden Gesetzesverletzungen auf dem Gebiet der Lehrlingsausbildung festgestellt. In 1527 Fällen wurde von der Arbeiterkammer erfolgreich interveniert, dabei wurden mehr als zwei Millionen Schilling, die sich die Unternehmer vorher zu ergaunern versuchten, für die Lehrlinge herausgeholt. 438 Strafanträge wurden gestellt. Insgesamt waren 1977 rund 10.000 Lehrlinge in diesem Bundesland von Gesetzesverletzungen durch Unternehmer betroffen. Preisfrage: Kann sich jemand erinnern, davon in den großen Massenmedien gelesen und gehört zu haben?

Kindermißhandlung

An der Volksschule Aigen im Mühlkreis war es jahrelang üblich, daß die Direktorin und ein Großteil der Lehrer die Schüler ohrfeigten und bei den Haaren rissen. Ein Lehrer wollte das ändern. Als es ihm intern nicht gelang, ging er in die Öffentlichkeit und erstattete Strafanzeige. Der Ausgang der Geschichte erscheint uns sehr lehrreich.

Zwei Lehrer wurden verurteilt – zu lächerlich geringen Geldstrafen. Zwei Lehrer wurden freigesprochen. Das Verfahren gegen die Direktorin, die es offensichtlich am ärgsten trieb, wurde vertagt.

Der Lehrer, der die Anzeige erstattete, flog aus der Schule, bekam von der Landesschulbehörde eine Rüge und hat



Prügelnder Lehrer (um 1870)

bis heute keinen Posten als Lehrer in Oberösterreich gefunden.

Eine Tageszeitung schrieb, daß ein paar Ohrfeigen noch nie einem Schüler geschadet haben, und daß viele heute noch dankbar sind für Watschen, die sie zu ordentlichen Menschen gemacht haben. Dafür bekam die Zeitung einen Dankbrief vom Obmann der oberösterreichischen Lehrervereinigung. Und die letzte Meldung: Der Lehrer Schacherl, wurde im Jänner freigesprochen, obwohl er gestanden hatte, verschiedene Schüler durch Ohrfeigen und Reißen an den Haaren gezüchtigt zu haben; das Linzer Gericht hatte festgestellt, daß "kurzfristiges Quälen nicht den Tatbestand des Mißhandelns erfüllt".

Laut Verordnungsblatt des Landesschulrates Oberösterreich (Präsident ÖVP-Landeshauptmann Dr. Ratzenböck) vom 5. Februar 1978 wurde dem Lehrer Schacherl "in Würdigung seines erfolgreichen und vorbildlichen (Hervorhebung d. A.) Wirkens, Dank und Anerkennung" ausgesprochen.

Soldatenschinder

Mitte Februar stand der Offiziersstellvertreter Hüttmayr vor einem Welser Gericht. Laut Anklage hatte er im Herbst 1977 grundlos den Panzersoldaten Groiss, der im Bett lag, eine Ohrfeige versetzt. Als der Soldat eine Abwehrbewegung machte brüllte der Offiziersstellvertreter: "Wannst zruckhaust, bring i di um!". Dem Soldaten König, ein Bettnachbar von Groiss, befahl er aufzustehen und trat ihm gegen das Knie.

Der Angeklagte leugnete alles. Demgegenüber stand die Aussage der beiden Soldaten und zwei weiterer Zeugen. Die Verhandlung wurde zwecks Ladung weiterer Zeugen vertagt. Wieviel Zeugen wiegen eigentlich einen Offiziersstellvertreter auf und wieviele müßten es dann bei einem richtigen Offizier sein?

Herbert Brunner



Kleiner Buchladen

1090 Wien, Kolingasse 6
(bei Währingerstraße)
Telefon 34 33 84
Mo – Fr 9-18 Uhr

Bei uns gibt es ein besonderes Angebot an alternativer und linker Literatur sowie Poster und Schallplatten.

Außerdem Karten für das Biermannkonzert in der Wr. Stadthalle am
13. April 1978



Betrifft: Rechtsstaat

In der Geschichte der Polizei gibt es ein stets wiederkehrendes Moment: Die Exekutive fühlt sich in ihrem schweren Amt mißverstanden, von der Bevölkerung ungeliebt. Legionen von Innenministern aller Nationen standen vor diesem Problem und ließen sich imagefördernde Maßnahmen einfallen. "Die Polizei - Dein Freund und Helfer" ist nur einer von zahlreichen Slogans, die den Hüter und Sachwalter der staatlichen Ordnung dem einfachen Durchschnittsbürger näherbringen sollte.

Indes, es gibt zahlreiche Fälle, die die Polizei nicht unbedingt so aussehen lassen, wie sie sich selbst gern sieht. Und hier kann auch nicht kurzschlüssig mit "Kapitallogik" argumentiert werden - eher schon mit der Verselbständigung des Beamtenapparates überhaupt, der noch durch das österreichische Verwaltungsrecht selbst unterstützt wird. (Auf diesen Aspekt kann hier nicht näher eingegangen werden, es sei aber auf den wirklich guten Artikel "Verfassung in schlechter Verfassung" im EXTRA-BLATT Nr. 2, 1978 verwiesen).

Einen Jux will er sich machen
oder
Polizeiwachmann Schwarz
hat schlechte Laune

Die Studentin Marika Möwy(+) beging ein Delikt - das ist außer Zweifel - wie in einem Schulbeispiel für § 23/2 StVO (Straßenverkehrsordnung): Frau Möwy hatte, in zweiter Spur haltend, ihren Freund aussteigen lassen. Die 21jährige Studentin hat damit ein Alltagsdelikt begangen, das normalerweise mit einer Geldstrafe zwischen 100 und 200 Schilling geahndet wird.

Warum daraus ein aufwendiges Verwaltungsstrafverfahren wurde, das die Studentin bis jetzt ca. S 10.000,-

gekostet hat (ein Strafverfahren wegen Ehrenbeleidigung ist noch anhängig), verdient, genauer berichtet zu werden.

Das Alltagsdelikt endete nämlich mit einer Verhaftung; dazwischen steht ein ganzer Speisezettel von Delikten, ein Querschnitt durch alle mögliche Delikte des Verwaltungsrechtes, zu denen es zwei verschiedene Versionen gibt: Die der Studentin Möwy und die des Polizeiwachmannes Schwarz.

Die alltägliche Version oder
die Geschichte der M.

Marika Möwy schildert die Umstände ihrer Verhaftung folgendermaßen: Am 9. Dezember 1977, um 23.50 Uhr habe sie in Wien 1., Börsegasse/Ecke Concordiaplatz ihren Freund aussteigen lassen. Zu diesem Zeitpunkt hatte es etwa -15° C Außentemperatur (lt. Gutachten der Hohen Warte). Da die beiden gerade von einer Tanzveranstaltung kamen, hatte Marika Möwy dünne Schuhe und ein ebenso dünnes Abendkleid an. Nachdem ihr Freund ausgestiegen war, wollte sie ihre Schuhe wechseln. Es klopft am Fenster: Der Polizist Schwarz lächelte hinein und forderte Marika Möwy auf, auszusteigen. Möwy war bloßfüßig, zog also ihre Stiefel an und stieg aus.

Als die Sünderin also ihre Stiefel angezogen hatte und aus dem Wagen stieg, fragte sie der Polizist, artig wie es sich gehört: "Beruf?" Antwort: "Studentin". Der Polizist Schwarz, ein im Amt geschulter Menschenkenner: "Das habe ich mir gleich gedacht". - Der Beginn eines Dramas von Shakespearscher Größe.

Der Polizist fragte in Erfüllung seiner Pflicht um die Autopapiere. Möwy folgt ihm diese sofort aus. Sie wird aufgefordert, einen Alkotest mit - tets Röhrrchen über sich ergehen zu

lassen. Allerdings schränkt der Polizist Schwarz ein, er müsse erst einen anderen Beamten zur Übernahme der Amtshandlung rufen. Dieser würde dann auch den Alkotest durchführen. Dazu kam es aber nicht mehr.

Im Polizeiakt heißt dies: "Verweigerung der Alkotestprobe", mithin ein strafbares Delikt.

Da die Möwy ihre Mutter davon verständigt hatte, bald nach Hause zu kommen, ersuchte Möwy den Wachmann, von einer ca. 2 m entfernten Telefonzelle aus ihre Mutter von dem Mißgeschick zu informieren. Der Polizist griff Marika Möwy an die Schulter - die nach einem Gutachten des Lorenz-Böhler-Krankenhauses infolge eines nicht verheilten Schlüsselbeibruches dreimal operiert werden mußte - und äußerte sich wie folgt: "Sie gehen jetzt nirgends hin". Infolge des Schmerzes schrie Möwy auf und bat den Polizisten, sie loszulassen. Daraufhin erklärte der Herr Schwarz: "Ich greife Sie an, wann und wo ich will" - ist er doch der Polizist. "Von Schmerzen gepeinigt begann ich zu weinen und zu schreien. Da sich der Beamte über meinen Schmerz nur lustig machte, habe ich in meiner Verzweiflung den Beamten tatsächlich mit einigen unhöflichen Ausdrücken belegt. Ich bestreite jedoch entschieden, daß ich die in der Anzeige angeführten Worte: 'Leck mich am Arsch, ihr Dreckskerle und Schweine' gebraucht habe", so Marika Möwy zu uns. Und es ist einer Studentin wohl zuzutrauen, daß sie sich zumindest grammatikalisch richtig auszudrücken vermöchte.

Im Polizeiakt heißt dies: "Störung der Ordnung, Anstandsverletzung und Erregung ungebührlicher Weise störenden Lärmes, ungestümes Benehmen sowie Ehrenbeleidigung", alles mit-hin strafbare Delikte.

Ein letztes Gustostückerl leistete sich noch der Polizeiwachmeister Hans Biber⁺⁾ . Wir erinnern uns, die Studentin kam gerade von einer Tanzveranstaltung und stand bei -15° C: ohne Mantel in der Kälte. Möwy setzte sich daraufhin in den Polizeiwagen und ersuchte, aufs Kommissariat mitgenommen zu werden, damit sie von dort von ihrer Mutter abgeholt werden könne. Der Beamte, pflichtgetreu: Da müsse die Möwy zunächst

+) Namen von der Redaktion geändert

aussteigen, dann könne er die Verhaftung aussprechen. Ansonsten könne er die Möwy nicht im Polizeiwagen mitnehmen. Das steht zwar in keinem Gesetz; es geschah jedenfalls so, und so hat alles seine Ordnung.

Im Verwaltungsstrafverfahren ist die Behörde zugleich Partei und Richter. Und die "eigene dienstliche Wahrnehmung" der Polizisten kaum widerlegbar. So wird die Möwy denn auch verurteilt.

Eine ganz gewöhnliche Festnahme oder polizeiliche Alltagspflichterfüllung

Zu dieser Geschichte paßt denn auch noch eine andere, alltägliche. Ort der Amtshandlung: Der alte Rapid-Platz, die Hütteldorfer Pfarrwiese, nach Ende eines Bundesligaspiels, 11. Februar 1978, 16.30 Uhr.

Die Fußballfreunde gehen langsam durch viel zu schmale Ausgänge ab; es kommt bei einem solchen schmalen Durchgang zu Reibereien. Ein Mann um die 40 beschwert sich bei den Polizisten über die jugendlichen Anhänger, die mehr gedrängt haben. Die Polizei (6 Mann und eine höhere Charge stark) greift sich wahllos aus einer Gruppe von Rapid-Anhängern zwei Burschen so zwischen 14 und 16. Greift sich – im wahrsten Sinne des Wortes. Der eine Bursche wird an seinen Haaren von zwei Polizisten auf eine kleine Anhöhe neben den Tribünen gezerrt. Der zweite Bursche wartet dort schon, flankiert von zwei Polizisten, im Polizeigriff. Ein "Geschädigter" aus dem Publikum tritt vor und erklärt nach kurzem Zögern: "Ja, die werden's scho g'wesen sein". Der Leiter des Polizeiaufgebotes: "No, dann fahr ma mit denen aufs Kommisariat". Verhaftungsformel wird keine ausgesprochen; die Burschen hätten ja auch gar nicht verhaftet werden dürfen; es sei denn, sie hätten ihr ordnungswidriges Verhalten fortgesetzt, was sicherlich nicht möglich war, da die ganze Gruppe ja schon auf dem Heimweg war. (Der Patentanwalt Dipl.-Ing. Hamburger beispielsweise, der in voller Nazimontur einen ande-



Ein zu schmaler Durchgang ...



...führt zu Gedränge und allenfalls zur Verhaftung

ren Autofahrer niedergeschossen hatte, wurde nicht in Polizeigewahrsam genommen, sondern auf freiem Fuß angezeigt.)

Bei dem gleichen Fußballmatch auf der Pfarrwiese kam es in der Pause auf den Stehplätzen zu einer Rauferei unter den Zuschauern; beteiligt dabei waren allerdings keine 14- oder 15-

jährige Burschen, sondern Männer im schlagkräftigsten Alter; die Polizei sah weg, obwohl hier ein Dazwischentreten (nicht etwa ein Verhaften) durchaus die Gemüter beruhigt hätte. Zwei verschiedene Verhaltensweisen, aber sicherlich ein System.

Ronny Pohoryles



JAGDSZENEN AUS DER STEIERMARK

Wenige Tage nach der Befreiung der Geiseln in Mogadischu und nach den Ereignissen im Stammheimer Gefängnis wurde mir erstmals von einer Professorin des hiesigen Gymnasiums mitgeteilt, aus Weiz sei ein Gerücht nach Gleisdorf gedrungen, ich hätte im Unterricht eine Trauerminute für die "ermordeten, armen Terroristen" gehalten.

In den folgenden Tagen wurde diese Verleumdung immer weiter ausgeschmückt: Ich hätte eine so ergreifende Trauerfeier abgehalten, daß Schülerinnen weinend nach Hause gekommen seien; ich hätte die Schülerinnen aufgefordert, in den nächsten Tagen in schwarzen Kleidern zur Schule zu kommen; ich hätte mit meinen Klassen besprochen, ob wir nicht schwarze Fahnen aus den Klassenzimmern hängen sollten; ich hätte eine Allerseelenfeier abgehalten, wobei Schüler anschließend einen Trauermarsch veranstaltet hätten. Der Gipfel der Verleumdungen war erreicht, als behauptet wurde, ich leite in Graz eine Terroristengruppe.

Alle diese Vorwürfe wurden mir von Kollegen, Eltern, Schülern und durch anonyme Anrufe an die Schule bekannt. Es war aber unmöglich, auch nur eine Person als Urheber dieser Gerüchte zu eruieren.

Am 12.11.1977 fand die jährliche Hauptversammlung des Elternvereins am BG. und BRG. Gleisdorf statt, an der meine Frau teilnahm. Da ich schon am Vortage dem Schulleiter erklärt hatte, ich würde jeden gerichtlich belangen, der die Gerüchte weitertrage, und da ich bei der Hauptversammlung eine diesbezügliche Erklärung durch meine Frau verlesen ließ, wollte plötzlich kein Elternteil etwas von diesen Verleumdungen gehört haben.

Trotzdem wurde die Stimmung bei dieser Elternversammlung stark aufgeheizt, als 6 Personen, die durchwegs ÖVP-Funktionäre sind, oder zumindest der ÖVP angehören bzw. nahe-

stehen, gegen mich Angriffe vortrugen.

Am 28.11.1977 fand eine Sitzung des Elternvereinsvorstandes statt. Dabei beschlossen die anwesenden Vorstandsmitglieder, die in der Jahreshauptversammlung gegen mich vorgebrachte Vorwürfe zu einer Eingabe an den Landesschulrat für Steiermark zu verarbeiten. Das Schreiben wurde aber nicht in diesem Rahmen, sondern nach Schluß der Sitzung von den beiden Vorstandsmitgliedern, Vizebürgermeister Dieter Stark und Herrn Maier, abgefaßt. Tags darauf lag es schriftlich vor und beinhaltete plötzlich auch Vorwürfe gegen meine Frau, Mag. Margit Leyrer, von der in der Vorstandssitzung gar nicht die Rede gewesen war.

Ich kenne den Inhalt des Schreibens nur sinngemäß, da es mir weder vom Elternvereinsvorstand noch vom Landesschulrat zur Kenntnis gebracht wurde. Ich weiß aber, daß es unter Anschluß einer zusätzlichen Erklärung von drei Mitgliedern des Vorstandes, die sich mit dieser Form des Schreibens nicht identifizieren wollten, abgesandt wurde.

Da drängt sich der Verdacht auf, daß die durch die Verleumdungskampagne gegen meine Frau und mich erzeugte Hysterie genutzt wurde, um zwei Lehrer mundtot zu machen oder zumindest einzuschüchtern, "die soziales Engagement für die Unterprivilegierten bei uns und in der Dritten Welt, Eintreten für die Menschenrechte zur Grundlage ihrer Erziehungsar-

beit gemacht haben", wie es in der Stellungnahme der "Erklärung von Graz für solidarische Entwicklung" heißt, wo auch weiterzulesen ist: "Es mag durchaus sein, daß Karl und Margit Leyrer als kritische Menschen für manche unbequem sind; daß sie als sozial und politisch engagierte Menschen für die Lauen und Angepaßten ein Ärgernis sind. Aber das spricht nicht gegen sie, sondern für sie".

Am 24.11.1977 beauftragte ich meinen Rechtsanwalt, bei der Staatsanwaltschaft Graz Anzeige gegen Unbekannt wegen Verleumdung zu erstatten, damit den Gerüchtemachern entgegengetreten werde, da ich mich zum Thema Terrorismus in den Klassen 7d, 8a und 8b im Geschichtsunterricht unmißverständlich folgendermaßen geäußert hatte:

1) "Ich verurteile den Terrorismus als ein moralisch völlig untaugliches Mittel, die Gesellschaft zu verändern; ich halte ihn außerdem als schädlich für alle, die eine gerechtere Gesellschaft mit legalen Mitteln aufbauen wollen".

2) Zu Mogadischu habe ich wörtlich erklärt: "Wäre ich für einen solchen Einsatz ausgebildet, hätte ich in einer entsprechenden Situation selbst auf die Terroristen geschossen; allerdings hätte ich versucht, ihr Leben zu schonen, wäre es möglich gewesen."

3) Zu den Vorgängen in Stammheim erklärte ich, daß ich die Vermutungen, die inhaftierten Terroristen seien getötet worden, für falsch erachte, da ich die Regierung der BRD moralisch dafür zu integere halte.

Allerdings gab ich der Hoffnung Ausdruck, daß die Sorge um das Leben der Geiseln in Mogadischu als allgemeine Sorge um menschliches Leben auch in anderen Bereichen deutlich würde. Als Beispiele führte ich an:

Margit Leyrer: Lehramtsprüfung in Germanistik und Geschichte. Unterrichtet seit 1964 am BG. und BRG. Gleisdorf.

Karl Leyrer: Lehramtsprüfung in Geschichte und Geographie. Unterrichtete von 1963 bis 1970 an der BEA-Liebenau und unterrichtet seit 1970 am BG. und BRG. Gleisdorf.

1) Der sinnloseste Tod wird derzeit auf den Straßen gestorben. (In der BRD haben zwischen 1954 und 1975 bei Verkehrsunfällen 337.000 Menschen ihr Leben verloren, 3,1 Millionen sind schwer, 6,6 Millionen leicht verletzt worden).

Daher trat ich für drastische Geschwindigkeitsbeschränkungen und für strengste staatliche Auflagen für die sichere Bauweise von Verkehrsmitteln ein.

2) Der Bau von Atomkraftwerken wird von vielen Bürgern als starke Bedrohung ihrer Gesundheit und der ihrer Nachkommen gewertet. Daher äußerte ich mich positiv über die Proteste von Bürgerinitiativen und war auch der Ansicht, daß in anderen Bereichen die Menschen und ihre Umwelt vor Schadstoffen zu schützen seien.

3) Gewalt wird zu oft als Lösungsmittel von Konflikten angeboten: In Fernsehsendungen, in Filmen etc. Die Menschen, vor allem aber die Kinder und Jugendlichen, lernen nicht die richtige Wertschätzung des Lebens. Nur so ist es etwa zu erklären, daß in den Medien der Bau der Neutronenbombe als einer Waffe, "die nur Leben tötet", gelassen oder sogar zustimmend kommentiert wird.

4) Ausdruck dieser Haltung ist auch das Mißverhältnis der staatlichen Ausgaben für Rüstung (1975: mindestens 300 Milliarden US-Dollar) und der öffentlichen Entwicklungshilfe (1975: 17 Milliarden US-Dollar). Es läßt sich statistisch nicht genau erfassen, wie viele Millionen Menschen jährlich an Hunger, Unterernährung, Mangel an medizinischer Vorsorge etc. sterben, schon gar nicht läßt sich ermitteln, wie viele Menschen unter diesen Umständen Leid ertragen.

Für alle hier angeführten Bereiche habe ich also den Wert von Menschenleben betont und ihren Schutz gefordert. Selbst bei gewaltsamer Verdrehung und Entstellung meiner Aussagen läßt sich hieraus keine Sympathieerklärung für den Terrorismus konstruieren.

Trotzdem gelang es einflußreichen Leuten, die persönliche Bekanntschaft mit der Redakteurin der Kronenzeitung, Fr. HABERLIK, die am BG Gleisdorf maturierte, so zu nutzen, daß sie am 8.12.1977 unter der Rubrik "Wo die Schulbank drückt", einen Artikel veröffentlichte. Darin werden die Gerüchte erst genüßlich

wiedergegeben, um sich später paieren von ihnen zu distanzieren.

Die Kleine Zeitung brachte am 10.12.1977 einen in meinen Augen noch diffamierenderen Artikel, "vergaß" sogar, sich von den Gerüchten zu distanzieren. Außerdem ist anzumerken, daß die Redakteurin der Kronenzeitung mit meiner Frau und mir ein Gespräch führte (an dessen Ende sie allerdings die Haltlosigkeit der gegen uns erhobenen Vorwürfe selbst betonte, weshalb sie auch keinen Artikel schreiben werde), während die Kleine Zeitung ein angebliches wörtliches Zitat von mir abdruckte, obwohl ich nie mit einem Mitarbeiter der Kleinen Zeitung gesprochen hatte.

Wie mir erst jetzt bekannt wurde, traf schon vor Erscheinen der beiden Zeitungsartikel bei der Sicherheitsdirektion Graz eine Benachrichtigung ein, worin alle eingangs erwähnten Vorwürfe als Tatsache hingestellt werden. So ergibt sich die Situation, daß - wie die Neue Zeit am 30.12.1977 für mich überraschend berichtete - die Sicherheitsdirektion Graz gegen mich ermitteln lassen muß, obwohl ich selber Anzeige bei der Staatsanwaltschaft habe erstatten lassen.

Mir ist offiziell nicht bekannt, wer die Anzeige gegen meine Frau und mich eingebracht hat. Sicher weiß ich, daß nicht nur örtliche, betont konservative Kreise gegen unsere Unterrichtsarbeit Bedenken zeigen. Einem großen Kreis von Personen hat die Einstellung einer Gruppe von Maturanten mißfallen, die unter dem Eindruck des Besuches im ehemaligen KZ Mauthausen, der unter unserer Leitung im Oktober 1977 erfolgt war, ein Schaufenster der örtlichen Buchhandlung zum Thema Faschismus gestaltet und Leserbriefe an steirische Tageszeitungen abgefaßt haben.

(Die Auseinandersetzungen über diesen Brief in den Leserbriefspalten der Zeitungen und in privaten Zuschriften an die Schüler füllen inzwischen einen stattlichen Ordner und beweisen, wie berechtigt die in dem Leserbrief geäußerten Befürchtungen sind!)

Obwohl die Schüler in ihrem Schreiben niemanden angreifen, sondern nur auf bedenkliche Zustände hinweisen, sehen manche Reaktionen in dieser Besorgnis einen "gefährlichen Linksdrahl", der nur von ihren Lehrern stammen könne. Daß die Schüler

nicht selbst denken können sollen, wurde mir nebenbei auch schon in der Slowenenfrage anlässlich der Volkszählung besonderer Art deutlich, als ein Teil der von uns unterrichteten Schüler in Diskussionen für die Rechte der slowenischen Österreicher eintrat.

Unsere Bitte um weitere Solidarisierung verfolgt zwei Absichten:

1. Noch lange nicht ist die Angelegenheit für uns positiv entschieden.

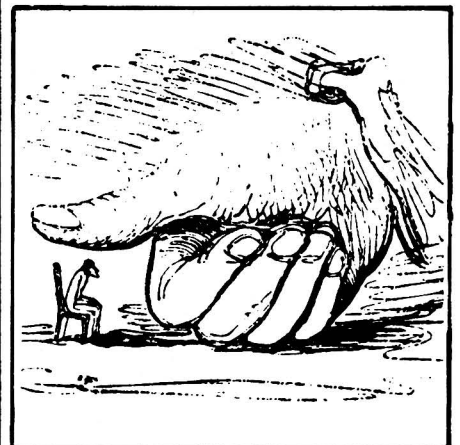
Der Landesschulrat für Steiermark scheint das Ergebnis der Untersuchung der Sicherheitsdirektion Graz abzuwarten, bis er Stellung bezieht. Unser Ruf ist bei der örtlichen Bevölkerung, bei den Eltern der Schüler und über die Grenzen der Steiermark hinaus schwer geschädigt. Dementis und Gegendarstellungen haben immer eine viel geringere Wirkung als Verleumdungen. Da kann eine weitgefächerte Unterstützung durch möglichst viele Personen und Institutionen mildernd wirken.

2. Eine breite Solidarisierung kann vorbeugende Wirkung gegen Scharfmacher haben, die sich ansonsten gern anschicken würden, die nächsten kritischen Lehrer (Multiplikatoren, Funktionäre etc.) abzuschießen.

Vielleicht wird derart eine unheilvolle Entwicklung abgewendet, die bescheidene Ansätze zur Demokratisierung unserer Gesellschaft stoppen, ja rückgängig machen möchte.

Deshalb bitten wir um Ihre Solidarität.

Bericht über die Kampagne gegen Karl und Margit Leyrer (Gleisdorf)



UMWELT-TERRORISMUS

Ende Jänner, als die heroische Sadat-Initiative endgültig im israelischen Sand zu verlaufen schien, tauchten in einigen Gemüseläden Hollands und der BRD und in allen Käse- und Grünzeug-Blättern Westeuropas quecksilbervergiftete Orangen auf. Wohlgemerkt: israelischen Ursprungs. Der letzte, bisher abgefeimteste Anschlag der arabischen Ablehnungsfront und natürlich der PLO auf Leben und Gesundheit der westeuropäischen Bevölkerung, aber nicht zuletzt auch auf die Früchte gerechter Mühe und Plage israelischer Plantagenbesitzer verdarb den Appetit unserer politisch ständig denkenden Bürger auf die saftigen Vitaminträger. Und dies just zu einer Zeit, da die russische Grippe, wie in Verabredung mit den Gemüse-Terroristen, die westeuropäischen Großstadtbewohner mit heimtückischer Gewalt zahlreich niederstreckte. Israels Ministerpräsident Begin, der sich aus einem waschechten Terroristen im Laufe der wechselvollen Zeit zu einem ebenso wahren Politiker gewandelt hatte, glaubte nun vor aller Welt den zünftigen Beweis in der Hand zu halten für die abgrundtiefe Verwerflichkeit und daher Verhandlungsunwürdigkeit der Palästinenser.

Die verständnisvolle Sympathie für Begins Haltung schwand noch nicht im geringsten, als die Nachricht kam, daß nicht nur israelische Orangen Opfer der palästinensischen Giftmischer wurden, sondern auch spanische "Königsfrüchte" von diesem Schicksal betroffen waren. Die Weltmarktpreise für Zitrusfrüchte drohten bereits ins Bodenlose zu fallen, als das Neueste von der Obstfront bekannt wurde: die Quecksilbervergiftung stammte doch nicht von politisch-ruchloser Hand, sondern lag durchaus in der Natur jener Dinge, die noch von der sensationslüsternsten Presse harmlos als "Umweltschäden" tituliert zu werden pflegen. Man durfte getrost wieder zur Tagesordnung übergehen, die da lautet: Quecksilber und andere Gifte in der Milch unserer Kühe, chemische Schadstoffe in fast allen Lebensmitteln, die auf den friedlichen Märkten wohlfeil angeboten werden. Umwelt-Terrorismus der

Chemie-Giganten und der Agrarindustrie? Damit fängt weder Begin noch die Kronen-Zeitung etwas an. Denn die fragen bei einer Sauerei, und sei's ihre eigene, immer nur: wem nützt das? Ihrer eigenen Politik und Propaganda? Dann her damit! Aber das da schadet ja nur: uns allen! Und wen interessiert das?



EXTRA-KLASSE

In einem österreichischen Magazin konnte man kürzlich zwischen den neuesten Plänen Niki Laudas und einem Artikel über Prinzessin Margarets Sorgen, ein Unternehmerportrait finden. In dieser unserer Zeit der Verteufelung jeglicher unternehmerischer Initiative wurde da mutig mit linken Unternehmerverleumdungen aufgeräumt: Der beschriebene Praterunternehmer hat klein angefangen ("mit einer Rutschbahn und ein paar Schaubuden"), aber wer hart arbeitet, der bringt es halt zu was ("kontrolliert heute jeden dritten Vergnügungsbetrieb"). Während die Proleten bekanntlich nach ihrem 8-Stunden-Tag die Maurerkelle fallen lassen, sind die Unternehmer mit ihrem "18-Stunden-Tag" die wirklich Armen unserer Zeit.

Außerdem nagen sie am Hungertuch ("I iß halt, wann i Zeit hab und dann no was überbleibt"). Nicht zu vergessen die menschlichen Züge des "gemütlichen Varietémanagers": "Familie", "man muß doch a leben", "Schmäh", "am liebsten daheim".

Warum wir das so genau wiedergeben, wo man doch ähnliches tagtäglich in den bürgerlichen Presseerzeugnissen findet? Weil es sich bei diesem Magazin um das "Extrablatt" handelt, das von manchen für ein linkes Organ gehalten wird. Die Zeitung dürfte im übrigen verzweifelt bemüht sein, diesen Ruf loszuwerden: in der letzten Ausgabe findet man auf der Leserbriefseite den Protest zweier linker Autoren gegen Umdichtungen des Chefredakteurs bei einem von ihnen verfaßten Artikel.

P. L.



VERRÄTERISCHE TRAUER

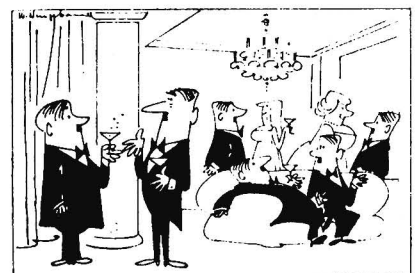
Den Verwandten noch des größten Ungeheuers in Menschengestalt kann die öffentliche Trauer für den Toten nicht abgesprochen werden. Ohne Sentimentalität gebietet es Menschlichkeit, diese Trauer zur Kenntnis zu nehmen.

Anders, wenn sie von geistigen "Anverwandten" des Toten, in diesem Fall Kapplers, dazu benützt wird, stellvertretend für den Toten jene Gesinnung zu demonstrieren, aus der Untaten erwachsen sind, die uns und sie, Sozialisten und Faschisten, noch übers Grab hinaus trennen. Da standen sie am offenen Grab und reckten den Arm zum Hitlergruß. In einer Ansprache wurde das viehische Masaker an wehrlosen Zivilisten als militärische Pflichterfüllung gerechtfertigt.

Kapplers Frau, die die Befreiung ihres Mannes aus einem italienischen Gefängnishospital angeblich nur organisiert hatte, um dem Krebskranken ein Sterben in Frieden zu sichern, stand mit steinernem Gesicht bei dem Polit-Spektakel am Grab ihres Mannes. Ohne ihre Zustimmung wäre das Ganze sicher nicht möglich gewesen. Daß sie die Trauer-Feier später Nazi-Propaganda zur Verfügung stellte, zeugt von einer Gefühlswelt, die zwischen Walpurgisnacht und Walhalla angesiedelt sein dürfte.

"Möge er in Frieden ruh'n"? Seine "sterblichen Überreste" – von uns aus! Den Geist, der anscheinend von selbst nicht zur Ruhe kommt, müssen wir noch ins Jenseits befördern. . . .

Z.



"Haben Sie schon von der Hitler - Nostalgie gehört?"

„Eurokommunismus“:



KP-Chefs Marchais, Carillo, Berlinguer : Ein neuer Weg zum Sozialismus ?

Das Sozialistische Zentrum in Stuttgart, ältestes regionales Koordinationszentrum des Sozialistischen Büros in der BRD, organisierte vom 2. bis 4. Dezember 1977 eine "Internationale Arbeitstagung zu Problemen des Sozialismus in Süd- und Westeuropa". Die italienische, spanische und griechische KP (Inland) haben Vertreter entsandt - nicht aber die KPF. Ferner waren Vertreter kleinerer links-sozialistischer Parteien aus Frankreich, Spanien, Griechenland sowie von Il Manifesto und PdUP per il comunismo anwesend. Wir bringen einen Auszug aus den Stellungnahmen der Genossin Lucina Castellina (Il Manifesto), Parlamentsabgeordnete für die PdUP per il comunismo aus der in Nürnberg erscheinenden Arbeiterstimme, 3/4, 1977. Dieser Beitrag erscheint uns nicht nur interessant wegen seiner inhaltlichen Überlegungen, sondern noch vielmehr wegen der Form der vorgetragenen Kritik: angesichts der stockenden und noch vor einer ausführlichen Darlegung der Problematik bereits vielfach "erledigten" Diskussion über Eurokommunismus bei uns in Österreich, kann man hier u. E. von einem Lehrstück konstruktiver theoretischer Auseinandersetzung unter Linken sprechen.

Die Redaktion

Man spricht in der Bundesrepublik viel vom Eurokommunismus, und sehr oft haben mich Genossen gefragt, was das für uns bedeutet. Weil wir glauben, daß es eine fundamentale Frage ist, werde ich etwas darüber ausführen.

Es werden 2 verschiedene und falsche Auslegungen des Eurokommunismus gegeben:

1) daß er nur eine taktische Bedeutung kennzeichne, die die unveränderte Treue zum Marxismus verdecken sollte;

2) daß er die Sozialdemokratisierung der kommunistischen Parteien bedeute. Doch ich glaube, daß es nicht so ist:

1) die Ketzerei ist ernst und wirklich, die Zwietracht ist tief.

2) der Eurokommunismus bedeutet jedenfalls auch nicht Sozialdemokratisierung im Sinne der II. Internationale, weil der südwestliche Kommunismus eine starke Selbstverwaltungsideologie und internationalistische Tradition der Arbeiterbewegung ausdrückt. Die Tradition der Selbstverwaltung und des Klassenbewußtseins sind sehr fest verbunden mit einer breiten und kampflustigen Massenkampf-Praxis.

Die Wurzeln des Eurokommunismus liegen sicher im VII. Kongreß der dritten Internationale begründet, als die leninistischen Parteien zu ver-

stehen begannen, daß die ideologische Polemik gegen das System nichts vermochte, wenn sie nicht geschickt die Grundlage für eine stärkere Massenbewegung zu entwickeln förderte. Es ist auch sicher, daß die Partei, die diese Eingebung des VII. Kongresses am weitesten vorwärts brachte, die italienische KP ist.

Es ist hier nicht die Zeit für eine kritische Analyse des "Togliattismus", der noch die Grundlage der Eingebung der italienischen KP ist, auch nicht die Zeit, von seinen Zweideutigkeiten zu sprechen. Was ich hier unterstreichen will, ist, daß die PCI die entscheidende Kraft ist, die in diesen 30 Jahren eine bürgerliche Demokratie ausgebaut hat, die sicher eine kapitalistische Integration gesichert hat, aber nicht auf eine einfache bürgerlich-parlamentarische Demokratie beschränkt werden konnte, sondern noch ein anderes Gesicht hat, das man bedenken sollte.

Wegen der Kapillarität*) seiner Klassenorganisationen sind Formen direkter Demokratie in das politische System der delegierten (repräsentativen) Demokratie eingeflochten. Eine bürgerliche Demokratie, die sehr stark durch Arbeiterinitiative gekennzeichnet ist, in die sich auch eine

*) die gesamte Gesellschaft durchdringend



wichtige Selbstverwaltungs-Machtstruktur, die Betriebsräte, eingefügt haben. Betriebsräte, die – auch wenn sie in ihren politischen Möglichkeiten sehr gebremst sind – nie ganz auf eine gewerkschaftlich-tradeunionistische Bedeutung verkleinerbar waren: Durch die Qualität der Fragen, die sie aufwarfen, durch ihre Verbindungen, die sie zu anderen sozialen Gruppen (Studenten, Frauen) ausbauten, durch die Rolle, die sie in all diesen Jahren im politischen Leben Italiens spielten (die große Veranstaltung der italienischen Metallarbeiter, die wir gestern in Rom hatten, eine Demonstration von 100.000 Metallarbeitern, Arbeitslosengruppen, Studenten und zum ersten Mal die Frauenbewegung gegen die Konzernpolitik der Regierung, ist der jüngste Beweis dafür: Die Demonstration erzwang sogar die Unterstützung der PCI gegen ihren eigenen Willen, weil sich die Demonstration natürlich gegen die Regierung und die PCI richtete).

Die Selbstverwaltung ist somit eine politische Massenbewegung, die mit einem Fuß in den reformistischen Horizont tritt, und mit dem anderen darüber hinaus, ein integratives und ein alternatives Gesicht trägt. Jedenfalls etwas, das ein sehr hohes politisches Niveau in der ganzen Gesellschaft ausdrückt. Dies ist die italienische Pekuliarität (unsystematische Bewegung) im Vergleich zu Frankreich.

Und Eurokommunismus explodiert als öffentliche Ketzerei in nichts so sehr wie im Ergebnis eines ideologisch-theoretischen Streites, viel mehr als im Ergebnis sozialer und politischer Massenerfahrungen. Und der Eurokommunismus explodiert in einem Moment, wo die Arbeiterbewegung, die Linke, und am meisten die PC, die der größte Teil dieser Linken ist, vor der Regierungsschwelle ankommt, mit all den Fragen und Verantwortlichkeiten, die das mit sich bringt. (Auch die China-Ketzerei war das Ergebnis eines historischen Prozesses, der einen Teil der Welt verändert hat, und nicht das Ergebnis eines abstrakten Streites.)

Aber die westeuropäische Arbeiterbewegung kommt in die Nähe einer Regierungsrolle nicht auf die gleiche Weise wie die Sozialdemokratien, sondern vor dem Hintergrund einer schweren Krise und gestoßen durch

eine reale Masseninitiative. Als Ergebnis dieser ökonomischen, sozialen und ideologischen Krise der Bourgeoisie, hat deshalb dieser Zugang zur Regierung nicht den Charakter einer einfachen Kooptation*), wie das mit den Sozialdemokraten geschehen ist, die solch einen Zugang erreichten inmitten einer Expansionsphase des kapitalistischen Systems und bürgerlicher Hegemonie. Das beginnt vielmehr in einer beginnenden, allgegenwärtigen Identitätskrise der klassischen Sozialdemokratien. Deshalb durchbricht dieser Prozeß in Italien die Kontrolle des bürokratischen Apparates und bewirkt eine Krise der herrschenden Werte. Hierin ist das Interesse und die Neugierde am Eurokommunismus begründet und zugleich seine Gefährlichkeit. Aus den gleichen Gründen, aus denen der Eurokommunismus störend wirkt, steht er auch vor sehr großen Schwierigkeiten, auf die er keine Antworten hat. Und hierin besteht seine Schwäche, die Gefahr einer Niederlage. Vor allem gibt es die Niederlagen der Revolutionen, die schon gemacht waren, und die Niederlagen, die nach gescheiterten revolutionären Anläufen (in den zwanziger Jahren) für die Arbeiterbewegung eintraten.

Aber es gibt auch die Schwierigkeiten der letzten Jahre. In Frankreich ist die Einheit der Linken zerbrochen, und das wird mehr als die Ergebnisse der nächsten Wahlen aufs Spiel setzen.

In Spanien und Portugal wurden aus sehr verschiedenen Gründen die Hoffnungen auf schnelle Entwicklungen enttäuscht.

Nach dem großen (Wahl-)Sieg des 20. Juni (1976) begegnen wir in Italien nicht nur großen Schwierigkeiten in der Anleitung einer gründlichen Transformation, sondern wir sehen auch die ersten Risse im sozialen und politischen Block der Linken. In Deutschland sehen wir eine Verschiebung nach rechts und eine Involution (Rückbildung) der SPD. Überall gibt es Schwierigkeiten zwischen Kommunisten und Sozialisten, und überall ist die neue Linke in der Krise.

Überall ist die Massenbewegung immer lebendig, aber sie geht nicht

*) Ergänzungswahl



Veranstaltungsreihe im **CLUB LINKS**

1020 Wien, Odeongasse 1
(Ecke Große Mohrengasse)

Dienstag, 7. März 1978

DER 20. PARTEITAG DER KPdSU
UND DIE AUSWIRKUNGEN AUF
DIE KPÖ
Leopold Spira

Dienstag, 21. März 1978

DAS JAHR 1968 UND ÖSTERREICH
Paul Kolm (Soziologe;
ehemaliger Vorsitzender der Ver-
einigung Demokratischer Studenten)

Dienstag, 4. April 1978

GESELLSCHAFTLICHE
PERSPEKTIVE HEUTE
Forumdiskussion
Der Ort der Abschlußveranstaltung
wird noch gesondert bekanntgegeben.

über defensive Kampfformen hinaus. Sie ist nicht in der Lage, eine Transformation von Staat und Ökonomie zu verwirklichen. Die Wurzeln dieser selbstverständlich sehr verschiedenen Schwierigkeiten sind aber die gleichen: Sie liegen in der kapitalistischen Krise, die offenbart, daß das kapitalistische System nur dann überleben kann, wenn es in der Lage ist, die Macht und die Einkommenslage, die die Massen in den letzten 20 Jahren erobert haben, wegzunehmen, also durch eine starke Repression. Und es zeigt auch, daß die demokratische Stoßrichtung dieser Jahre nicht fähig ist, sich zu übersetzen in eine neue und alternative Möglichkeit der Produktion, des Lebens und Regierens, sondern das Risiko eingeht, sich in korporative und sektorale Phänomene zu

schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitge
+ zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + information

N. I. BUCHARIN —



DIE UNPERSON

mus-Leninismus" unter. Bucharin sah in diesem Ausdruck einen "Mythos". Er zog es vor, vom "Marxismus Lenins" zu sprechen und verstand darunter eine von Dogmatik gereinigte und dialektisch bereicherte Interpretation der Marxschen Lehre.

Nach Lenins Tod stand Bucharin stärker im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit als je zuvor. Ihm, den die diversen machthungrigen Diadochen nicht als Rivalen ansahen, überließ man die Rolle des offiziellen Sprachrohrs. Ohne eine eigentliche Hausmacht führte er einen verzweifelten und verlorenen Kampf, um jenen Weg zu realisieren, den der Marxist Lenin für die konkreten russischen Verhältnisse konzipiert hatte. Er selber schilderte in einem vertraulichen Gespräch mit seinem Freund, dem Schweizer Komintern-Generalsekretär Humbert Droz, dessen Protokoll erhalten blieb, die drei wesentlichsten Thesen von Lenins Vermächtnis:

1. Stärkung der bäuerlichen Genossenschaften, Ablehnung jeder Zwangs-

"Wenn das Proletariat bestrebt ist, zuviel in seine Hände zu bekommen, braucht es einen riesigen Verwaltungsapparat. Der Versuch des Ersetzens aller Kleinproduzenten durch die staatlichen Beamten schafft einen so gewaltigen bürokratischen Apparat, daß dessen Kosten größer sind als die Kosten, die durch anarchische Zustände innerhalb der kleinen Produktionsstände anstehen. Der ganze Verwaltungsapparat, der ganze ökonomische Apparat des proletarischen Staates wird die Fessel der Entwicklung der Produktivkräfte darstellen. Deswegen muß er mit Notwendigkeit gesprengt werden. Falls das Proletariat das nicht tut, wird es durch andere Kräfte entstehen". (1922)

kollektivierung, Verwirklichung des Bündnisses mit den Bauern durch Ausnutzung jener Vorteile, welche der Staat durch die Kontrolle des Handels, der Banken und Kredite hat.

2. Harmonischer Wirtschaftsaufbau: Nicht nur Schwerindustrie, sondern auch den Aufbau der ländlichen Kleinindustrie.

3. In der Internationale jeder Partei ihr selbständiges Herangehen an die Bewältigung ihrer Probleme zu sichern.

Sein Kampf für jene Grundprinzipien, die er für den Kern des Leninschen Vermächtnisses hielt, besiegelte seinen Untergang. Stalin konnte Bucharin geschickt vor seinen Karren spannen, als Trotzki und Preobraschenski - beide übrigens gute persönliche Freunde Bucharins - die Lehre von der "ursprünglichen Akkumulation" (1) verkündeten. Bucharin sah darin eine Kriegserklärung an das Bündnis mit der Bauernschaft. Und als Sinowjew mit der "Thermidor" (2) - Theorie herauskam, und alle "kleinbürgerlichen Schichten" zu Staatsfeinden stempelte, sah Bucharin Lenins Vision eines vom allgemeinen Konsens getragenen Übergangs von der gemischtwirtschaftlichen NÖP (3) der zwanziger Jahre zu höheren Organisationsformen gefährdet. Stalin benutzte Bucharin, um sich den Weg zu seiner bürokratischen Konterrevolution freizukämpfen. Das war die Tragödie Bucharins, der zwar die großen Probleme analysieren konnte, der kleinlichen Intrige jedoch hilflos ausgeliefert war.

1929 wurde Bucharin von Stalin, der das Werkzeug nicht mehr benötigte, ausgebootet. 1938 ließ er ihn ermorden.

"Sogar proletarische Herkunft und die denkbar schwierigsten Hände sind keine Garantie gegen die Verwandlung in eine neue Klasse". (1923)

"Die Wurzel allen Übels ist die Verschmelzung von Staat und Partei". (1927)

"In den Poren unseres gigantischen Apparates nisten sich Elemente der bürokratischen Entartung ein. Die Beamten sind bereit, jeden beliebigen Plan auszuarbeiten, um uns morgen im engen Kreis zu verhöhnen und übermorgen unseren Gegnern an die Hand zu gehen". (1928)

"In der Frage des Staatsapparates treffen sich wie in einem Zauberspiegel alle Fragen - von der wirtschaftlichen bis zur kulturellen". (1929)



schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitge + zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + information

Das ist von Stalins Standpunkt gesehen verständlich: Bucharin, von Lenin als "Liebling der Partei" charakterisiert, blieb selbst machtlos Stalins stärkster Rivale, da er Träger der einzigen Alternative zu dessen System war.

Bucharin wäre heuer 90 Jahre alt geworden. Hätte er bis in unsere Tage gelebt, er hätte noch so manchen (Prager) Frühling mitgefeiert.

Und daher ist es für Stalin und seine Epigonen (+) gut, daß Bucharin tot ist, gut, daß er vergessen ist, gut, daß Lenins Hoffnung auf einen Sozialismus mit menschlichem Gesicht begraben ist.

Aber Totgesagte sind schon öfters auferstanden.

Georg Löwy

(+) Epigonen=Nacheiferer

1) Theorie der ursprünglichen Akkumulation:

Die am klarsten von Preobraschenski formulierte These besagt, daß die Industrialisierung nur durch Steuern und Abgaben der Bauern finanziert werden kann. Die Bauernschaft würde sich unweigerlich gegen diese Politik wehren, daher ist ohne eine Politik der starken Hand der Aufbau des Sozialismus unmöglich.

2) Thermidor:

Dieses Datum bedeutet den Sturz der revolutionären Diktatur der Jakobiner und die Machtübernahme großbürgerlicher Gruppen in der französischen Revolution 1795. Sinowjew sah in der Einführung der NÖP eine Parallele dazu und befürchtete, daß das "proletarische Rußland" im "kleinbürgerlichen Meer" untergehen würde. Er befürwortete daher Gewaltmaßnahmen gegen die nicht-proletarischen Schichten. Beide Theorien sind Grundlagen von Stalins Theorie der "Verschärfung des Klassenkampfes im Aufbau des Sozialismus".

3) NÖP

Neue ökonomische Politik ist die Bezeichnung für die gemischtwirtschaftlichen Maßnahmen, die von Lenin 1921 eingeführt wurden. Den Bauern war das Recht auf eigenen Hof gesichert, sie wurden ermutigt, sich zu Verkaufs-, Kredit- oder Produktionsgenossenschaften zu vereinigen. Bucharin sah in der NÖP die "Hauptstraße zum Sozialismus".

"Ich wende mich an Euch, die kommende Generation von Parteiführern, denen als historische Mission die Pflicht obliegt, den schauerlichen Knäuel von Verbrechen zu entwirren"! (1938)

Beilage zu
"offensiv links" Nr. 41
5. Jahrgang
März 1978

8. DIE NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK

IN seiner am 19. November 1922 im Plenum des Moskauer Sowjets gehaltenen Rede charakterisierte Lenin die Neue Ökonomische Politik mit den folgenden Worten:

„Wir machen jetzt einen Rückzug, aber wir tun es, um, zunächst zurückgehend, einen Anlauf zu nehmen und einen größeren Sprung vorwärts zu machen. Wir machen einen Rückzug, jedoch nur darum, um uns umzugruppieren, anzupassen, umzuorganisieren, um nach dem Rückzug einen zähen Vormarsch zu unternehmen.“

Wodurch war dieser Rückzug bedingt und wie stellte Lenin die Vorwärtsbewegung dar?

„Die ungeheure Mehrheit der Bauern unseres Landes“ — sagte Lenin auf dem XI. Parteitag der RKP. — „führt eine individuelle Kleinwirtschaft. Der Aufbau dessen, was wir aus unserem vorgesehenen Programm einer kommunistischen Gemeinschaft unverzüglich hatten verwirklichen können, geschah gewissermaßen davon losgelöst, was in den breiten Bauernmassen vor sich ging, denen wir sehr große Lasten aufbürdeten, und wir rechtfertigten diese damit, daß der Krieg keinerlei Schwankungen in dieser Hinsicht dulde.“ „Es gab keinerlei Zusammenschluß zwischen der Wirtschaftsform, die in unseren nationalisierten, sozialisierten Fabriken, Betrieben und Sowjetgütern aufgebaut wurde, und der Wirtschaftsform unserer Bauernschaft.“ Indessen war die Vorbedingung der Existenz der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats, des Erfolgs der sozialistischen Aufbauarbeit gerade die Verwirklichung dieses Zusammenschlusses zwischen Stadt und Land, zwischen der neuen, entstehenden Wirtschaft und der Bauernwirtschaft, gerade dieses Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauern. Die „grundlegende, entscheidende, alles andere verdrängende Aufgabe der Neuen Ökonomischen Politik“ bestand gerade in dem „Zusammenschluß zwischen jener neuen Wirtschaftsform, die wir aufzubauen begonnen haben — sehr schlecht, sehr ungeschickt, aber doch begonnen — und der bäuerlichen Wirtschaft, in der Millionen und aber Millionen Bauern leben“.

„Wenn wir das durchsetzen können, wenn es uns gelingt, den Zusammenschluß mit der Bauernmasse, mit den gewöhnlichen, werktätigen Bauern zu erreichen, so werden wir uns unermesslich, unendlich langsamer vorwärtsbewegen, als wir geträumt haben, aber dafür wird die ganze Masse tatsächlich mit uns zusammen vorwärtsgehen. Dann wird mit der Zeit eine solche Beschleunigung dieser Bewegung einsetzen, die wir uns jetzt gar nicht träumen lassen.“

In seinem Referate, gehalten am 9. April 1921, wirt Lenin die Frage auf, worin das Wesen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und dem Bauertum bestehen muß, „wenn in einem Lande mit vorwiegender Bauernbevölkerung die Arbeiterrevolution stattfindet und die Betriebe, Fabriken und Eisenbahnen in die Hände der Arbeiterklasse übergehen. Offenbar darin, daß die Arbeiter, die in den nunmehr ihnen gehörenden Betrieben alle Produkte erzeugen, welche für das Land und folglich auch für das Bauertum als Majorität der Bevölkerung erforderlich sind, sie auf ihren Eisenbahnen und Wasserwegen transportieren, sie den Bauern liefern und dafür von ihnen die überschüssigen landwirtschaftlichen Produkte beziehen... Wir wollen und müssen dahin gelangen, daß die Agrarprodukte dem Arbeiterstaate nicht als Überschuß aus der Zwangsumlage zu-

übertragen, oder in eine blinde Revolte (Terrorismus, irrationale Tendenzen).

Wenn in Frankreich die Einheit der Linken völlig zugrundegeht, besteht auch wirklich Grund zur Angst, in einer solchen Situation zu siegen, zu regieren in einem Lande, wo es so eine große Krise gibt und die Linke keine wirkliche, klare Alternative besitzt. In Italien gilt das gleiche.

Vermutlich ist es ebenso politischer Selbstmord, zu solch einer Frage mit einem Verzicht auf die Frage zu antworten, wie eine repressive Rolle unter Beamten zu spielen. Die Linke wird nicht zu einer positiven Antwort in der Lage sein, wenn sie sich nicht die ganze Frage stellt (und zwar früher, als sie vielleicht gehofft hatte), die Frage der Transformation zu einem anderen System.

Hier stehen alle Schwächen des Eurokommunismus an, die verhindern, daß eine adäquate Antwort gegeben wird, der sich überhaupt nicht eine solche Frage stellt; in ihm lebt noch die Hoffnung mit, daß noch ein stufenweises Wachstum eines Systems möglich ist, daß noch fähig ist, eine Expansion und produktive Kraft, also auch bürgerliche Demokratie und Konsensus zu entwickeln. Der historische Kompromiß (der PCI) basiert auf dieser illusionären Grundlage, und er ist deshalb sehr zerbrechlich.

Wenn die Frage anders stünde, wenn die Entwicklung einer demokratischen Revolution, oder das Hinauskommen aus der Rückständigkeit anstünde, könnte ein historischer Kompromiß möglich sein. Aber die Fragen, die auch in Italien vor der Arbeiterbewegung stehen, sind die der Krise des Spätkapitalismus und seiner Transformation. Und der historische Kompromiß entwaffnet für eine solche Frage und bewirkt eine Paralyse (Lähmung).

Das führt zu einer tieferen Krise mit mehr Einbildungen, also mehr blinder Revolte und Gewalt, also mehr Repression, also mehr Spaltungen in den sozialen Block der Linken. Alle diese Dinge führen die ganze Situation nach rechts und bereiten den Boden für eine reaktionäre Konteroffensive.

Wie man die Frage der Transformation angehen sollte, darüber kann

lange und breit gesprochen werden. Das erste ist die sowjetische Art, die die KPs immer als fürchterlich angesehen haben, weil Rußland oder Polen rückständige Länder waren. Aber sie geben sich der Hoffnung hin, daß die sowjetische Herrschaftsform besser werden würde, wenn sich eine industrielle Entwicklung durchgesetzt habe und sich mit sozialistischer Demokratie verbinde.

Die eurokommunistischen Parteien haben dieses Konzept nicht weiter entwickelt, auch weil sie sahen, daß die industrielle Entwicklung dort nicht mehr, sondern weniger Demokratie brachte.

Hier gibt es die große Grenze des Eurokommunismus, auch ihrer Möglichkeit zu einer wirklichen Beantwortung dieser Frage, das Verhältnis zwischen Demokratie und Sozialismus aufzuzeigen. Sie haben nicht gesehen und sie wollen nicht sehen, daß das kollektive Eigentum und der Plan die Grundlagen der liberalen bürgerlichen Freiheit und des Pluralismus (das ist die Marktökonomie) in die Luft sprengten.

Man sollte ganz neue Mechanismen

aufbauen, eine kollektive Teilnahme an den Strukturen der Produktion und der sozialen Beziehungen, neuen Ansporn und neue Qualität der Arbeit, neue kollektive Werte, neue persönliche Beziehungen. Denn die Frage der Demokratie ist tief verbunden mit den sozialen Beziehungen insgesamt, nicht nur mit dem Überbau. Deshalb ist die sowjetische Art nicht nur etwas aus der Vergangenheit, sondern auch etwas aus der Zukunft: Auch für die westlichen Systeme besteht in ihrer staatskapitalistischen Phase die gleiche Gefahr des Totalitarismus.

Dazu hat der Eurokommunismus nichts gesagt, weil es nicht genug ist zu sagen, daß Demokratie ein fundamentaler Wert ist. Wenn die kommunistische Arbeiterbewegung nicht fähig ist, ein wirklich neues soziales und ökonomisches Programm zu entwerfen, und eine Massenbewegung nicht in der Lage ist, ein solches Programm kämpfend auszubauen, so kann dies nur zu einer sehr gefährlichen Niederlage führen. Deshalb müssen wir die positiven Ansätze des Eurokommunismus nutzen, aber weit darüber hinaus gehen. ★



Spanien:

GEWERKSCHAFTEN NACH FRANCO

Interview mit Elvira Carlos, Leitungsmitglied der CC.OO

In einer Veranstaltung der Gewerkschaftlichen Einheit (GE) sprach am 14. Februar 1978 zum ersten Mal ein Vertreter der spanischen Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras - CCOO) in Wien. In dieser Veranstaltung und im folgenden abgedruckten Interview werden zentrale "eurokommunistische" Positionen dokumentiert: Vom Scheitern der Linken in Chile ausgehend, das man als Scheitern eines zu raschen Voranschreitens zum Sozialismus interpretiert (und nicht als Scheitern reformistischer Positionen, die zu lange an die Neutralität der Armee glaubten), wird der Schluß gezogen, eine sozialistische Umwandlung müsse vor allem langsam vor sich gehen. Aus Angst vor einem faschistischen Militärputsch werden weitgehende politische Konzessionen gemacht, konkret in Spanien: Anerkennung der Monarchie (im Gegensatz zu den Sozialisten!) und der Faschistenfahne, Abkommen mit den Parteien der Rechten, Verzicht auf revolutionäre Parolen. Angepeilt wird eine bürgerliche Demokratie mit einer starken sozialstaatlichen Komponente. Die Frage im heutigen Spanien, so Carlos Elvira auf der GE-Veranstaltung, sei nicht rechts oder links, Republik oder Monarchie, Kapitalismus oder Sozialismus, sondern Demokratie oder Diktatur. Um die Demokratie zu festigen und die wirtschaftliche Krise zu bewältigen, müssen alle beitragen, muß jeder zahlen - das sind Argumente, die man auch von sozialdemokratischen Regierungen kennt. Ähnliches gilt auch für die ziemlich arrogante Abkanzlung der extremen Linken (siehe Interview) - daß die Kleinheit der politischen Organisation nicht unbedingt etwas über die Richtigkeit der Argumentation aussagt, wissen gerade wir nur zu gut. Die eurokommunistischen Parteien und die ihnen nahestehenden Gewerkschaften stellen sich in krisenhaften Entwicklungsphasen ihrer Gesellschaften (Italien, Spanien) dem Kapitalismus zur ökonomischen Krisenlösung zur Verfügung - ob die Lösungen je den Kapitalismus überschreiten werden? Elvira Carlos argumentierte in der GE-Veranstaltung mit einem italienischen Sprichwort, sinngemäß etwa: langsam, langsam, dann geht es gut. Bei zu langsamem Vorgehen kann es aber auch passieren, daß man auf der Stelle tritt.

Erfreulich die Stellungnahmen zur Autonomie der Gewerkschaften und zur Basisdemokratie. Allerdings mag auch hier die Realität anders aussehen als die Theorie: die Unterstützung des Pakts von Moncloa durch die CCOO, zweifelsohne eines der wichtigsten Elemente der politischen Entwicklung nach Franco, wurde von der Bürokratie allein entschieden - den Arbeitern "erklärte" man es anschließend. Welche politische Organisation handelt denn nicht so, meinte Carlos Elvira dazu entschuldigend in der Diskussion - und begab sich damit genau auf die Ebene der Politik, die er anderswo (etwa bei der UGT) kritisiert.

OL: Die Arbeiterkommissionen, das war in der Franco-Diktatur ein Zentrum des Widerstands, eine basisdemokratische Arbeiterorganisation. Man hat den Eindruck, daß sich nach dem Tod Francos da etwas geändert hat, daß die CCOO zu einer "gewöhnlichen" Gewerkschaft geworden sind.

E. C.: Die CCOO waren unter Franco eine Form von Gewerkschaft, die sich von der Basis her aufbaute - ganz im Gegensatz zu den sonst üblichen Gewerkschaften. Es stimmt, daß wir nach dem Tod Francos die Situation überprüft haben, es bestand ja die Möglichkeit, aus der Diktatur herauszukommen und die Demokratie zu erreichen, eine neue Demokratie, keine Demokratie wie sonst üblich. Wir mußten die Organisation strukturieren, es gab ja bisher kaum eine Organisation, sondern vielmehr eine Bewegung, die jetzt eine zentrale Leitung brauchte. Die Art und Weise, wie sich Spanien nach dem Tod Francos entwickelt hat, verhinderte die Errichtung einer Einheitsgewerkschaft. Die UGT-Funktionäre, die unter der Diktatur fast nichts gemacht haben und die sich vor allem im Ausland befanden, kehrten zurück und begannen, von der Sozialdemokratie stark unterstützt, mit dem Ausbau einer eigenen Gewerkschaft - einer bürokratischen Gewerkschaft ohne Beteiligung der Arbeiterbasis. Die Regierung bevorzugte die UGT und verbot unsere Versammlungen. Um der Konkurrenz der UGT entgegenzutreten, beschlossen wir unsere neue Organisationsform, die sicher der traditionellen Gewerkschaftsform eher entspricht als früher, aber wir versuchen, den Charakter der CCOO beizubehalten: also die Basisversammlungen, die offene Demokratie in den einzelnen Betrieben.

OL: Hat die Arbeiterdemokratie in den CCOO abgenommen?

E. C.: Nein, eher im Gegenteil. Denn unter der Diktatur hat nur die Avantgarde an den Versammlungen teilgenommen, nachher ist die Beteiligung der Arbeiter massenhaft geworden.

OL.: Was sind die Unterschiede zwischen der UGT und den CCOO?

E. C.: Da gibt es viele. Es geht vor allem um die Auffassung von Gewerk-

schaft: ob es sich um eine unabhängige demokratische Gewerkschaft handelt oder um den Transmissionsriemen einer politischen Partei, ob die Bürokratie entscheiden soll oder die Basis. Wir glauben, daß man keine Gewerkschaftseinheit herstellen kann, wenn die Gewerkschaften von einer politischen Partei abhängig sind – ob das jetzt die Sozialistische oder die Kommunistische Partei ist. Die UGT ist auch mit dem IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) verbunden – wir glauben, daß man vom gewerkschaftlichen Standpunkt nicht einer internationalen Gewerkschaftsorganisation zugehörig sein kann – weder dem IBFG noch dem Weltgewerkschaftsbund.

OL.: Die politischen Differenzen zwischen Sozialisten und Kommunisten spielen da keine Rolle?

E. C.: Das ist sicher nicht die Hauptsache, denn schließlich sind die beiden Parteien ja Arbeiterparteien, ebenso wie die PSP (Volkssozialisten) und betreiben eine Politik der Verteidigung der Arbeiter.

OL.: Welche politischen Strömungen sind in den CCOO vertreten?

E. C.: Es gibt vor allem Kommunisten, es gibt aber auch die Genossen der PSP, Genossen der extremen Linken (Movimiento Comunista, Liga Comunista), Carlisten (linke Monarchisten), es gibt außerdem viele Genossen der autonomen linken Parteien der einzelnen Nationalitäten (Basken, Katalanen, Galicier).

OL.: Die CCOO haben den Pakt von Moncloa, das Abkommen zwischen der Regierung und den politischen Parteien, unterstützt. Was ist die Bedeutung des Pakts?

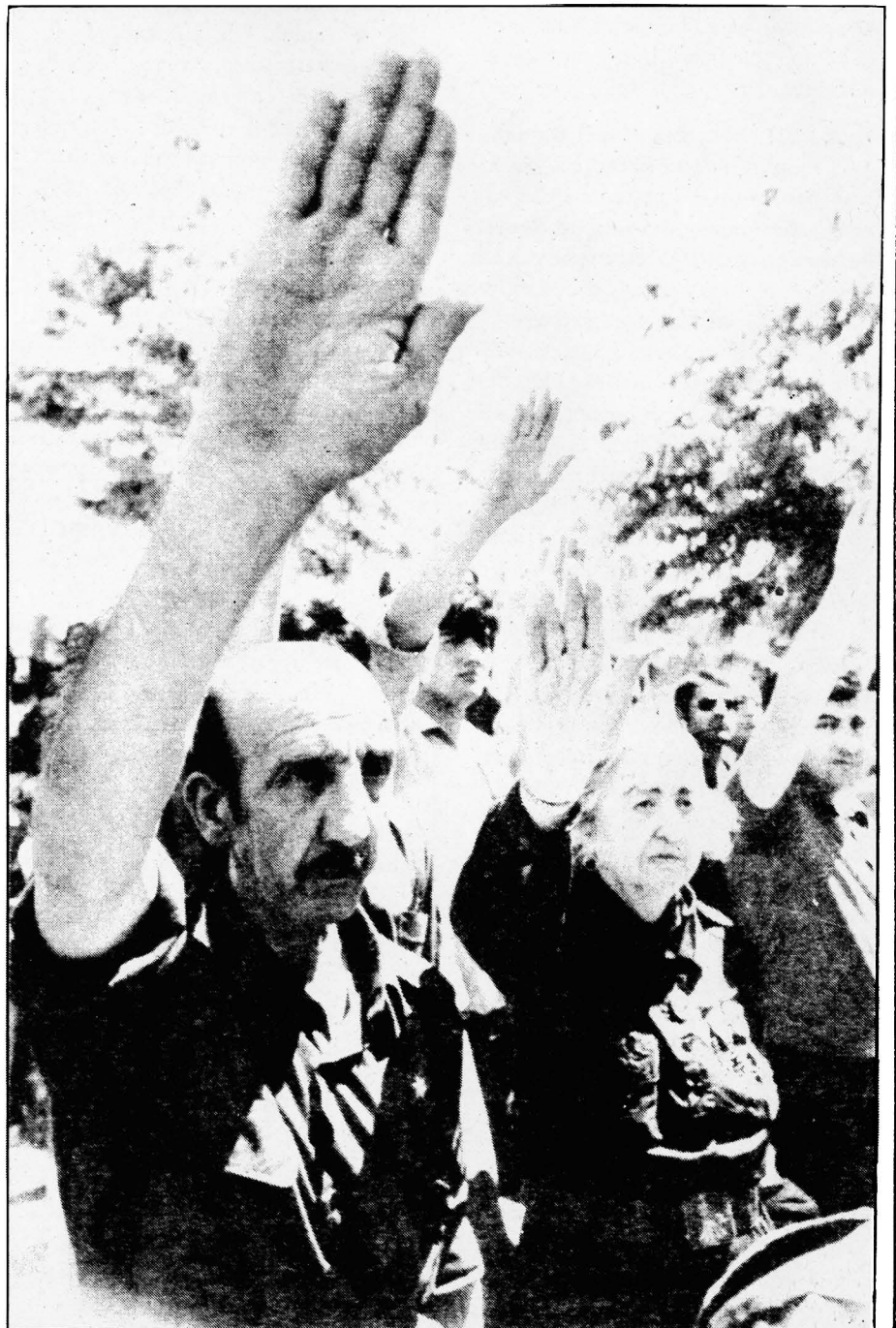
E. C.: Die Hauptaufgabe dieses Abkommens ist die Festigung der Demokratie. Bis zu diesem Moment war es immer die Oligarchie, die in Spanien die Macht hatte. Seit dem Pakt von Moncloa ist es das erste Mal, daß den Oppositionsparteien unter Einschluß der Kommunisten eine Beteiligung an der Politik des Landes zur Lösung der anstehenden Probleme zugestanden wurde. Es ist die politische Rechte, die das Abkommen zu vereiteln trachtet, und wir schauen darauf, daß es verwirklicht wird. Es gibt

darüber Auseinandersetzungen – im Parlament und auf der Straße.

OL.: Was sind die Inhalte dieses Pakts?

E. C.: Es wird der Umfang der Sozialversicherung (mit Einbeziehung der Landarbeiter) und der Arbeitslosenfürsorge sowie die Kontrolle darüber festgelegt, der Pakt beinhaltet eine Fixierung des Arbeitsrechts; ferner wird eine Höchstgrenze für Lohnerhöhungen von 22 % festgesetzt – allerdings insgesamt, und wir schauen, daß die niedrigeren Löhne viel stärker (bis zu 30 %) und die höheren Löhne geringer erhöht werden.

OL.: Bedeutet eine solche Beschränkung auf 22 % bei einer Inflation von 28 - 30 % nicht eine Lohnminderung?
E. C.: Es stimmt, daß es ein Verlust ist, aber wir haben bisher immer viel größere Verluste gehabt. Bei der gegenwärtigen ökonomischen Lage, die in Spanien herrscht, können wir das den Arbeitern erklären. Als Gegenleistung zu diesem Verlust haben wir den ganzen Rest: die Rechte der Arbeiter, die Freiheit, die Demokratie, die sozialen Errungenschaften – das ist für uns unwiderrufbar. Es ist eines der Ziele des Paktes von Mon-



Altfaschisten in Spanien : Der "Bunker" ist noch nicht gesprengt.

cloa, mit dem wir übereinstimmen, daß die Inflation gesenkt werden muß, um keine argentinischen Verhältnisse mit 300 % zu erreichen. Es handelt sich eben um ein Kompromißprogramm, um aus der Krise herauszukommen und die Demokratie zu stabilisieren. Es bestand ja die Gefahr eines Staatsstreichs. Alle mußten für diesen Pakt zahlen, jeder hat irgendwo nachgeben müssen – wir haben bei den Löhnen verzichtet, die anderen haben soziale Zugeständnisse gegeben, jetzt versuchen sie, sie zu sabotieren, während wir darauf achten, daß die Bestimmungen des Paktes global angewendet werden.

OL.: Warum gibt es jetzt von den Rechten eine Opposition gegen das Abkommen?

E. C.: Die Großunternehmer trauern der Franco-Diktatur nach. Gab es damals Probleme, so holten sie die Polizei. Jetzt müssen sie sich mit den Arbeiterorganisationen zusammensetzen. Die Unternehmen sehen, daß sie Gefahr laufen, an Macht zu verlieren. Sie haben die Regierung Suarez unterstützt: als diese mit den Parteien der Linken zu verhandeln begann, betrachteten sie sie als Verräter. Es gibt aber auch intelligente Unternehmer, wir nennen das die "dynamische Bourgeoisie", die in die EG wollen. Sie schauen nach Europa, sehen, daß die Arbeiterorganisationen stark sind, in vielen Ländern sogar sozialdemokratische Parteien an der Regierung sind und es den Kapitalisten trotzdem gut geht. Diese Unternehmer kommen vor allem aus kleinen und mittleren Betrieben, aus Katalonien usw. Die Existenz der Diktatur war ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung, deswegen treten sie für den Pakt von Moncloa ein, während die Großunternehmer ihn ablehnen.

OL.: Es gibt im Pakt von Moncloa auch einen Punkt, der die Entlassung von bis zu 5 % der Arbeiter erlaubt.

E. C.: Ja, das ist einer der negativen Punkte für uns. Es erlaubt den Unternehmern, bis zu 5 % der Arbeiter zu entlassen, sofern die Lohnerhöhungen die 22 %-Grenze überstiegen haben. Es ist das ein Zwang für die Arbeiter, unter den 22 % zu bleiben. Wir halten

das für brutal, es ist eine Lohnbremse. Es verhindert, daß die Arbeiter höhere Lohnerhöhungen erkämpfen.

OL.: Ist es bei solchen Inhalten nicht schwierig, das Abkommen den Arbeitern zu erklären? Hat es nicht Bewegungen gegen das Abkommen gegeben?

E. C.: Ja, die Gruppen der extremen Linken waren vom ersten Moment an gegen das Abkommen, sie haben aber nicht sehr viel Einfluß unter den Arbeitern. Sie schreiben viele Parolen auf die Wände, verteilen viele Flugblätter, kommen aber vor allem von den Universitäten – aber das ist eine andere Sache. Wir glauben jedoch, daß der Pakt vor allem von der extremen Rechten bedroht wird, denn die können echt etwas dagegen tun. Es hat auch Widerstand in den CCOO gegen den Pakt gegeben, vor allem in lokalen Organisationen, die stark unter dem Einfluß der extremen Linken stehen. Man hat da immer gesagt, es handle sich um einen Sozialpakt. Wir haben darauf geantwortet, daß das nicht stimmt, da es sich ja um ein Abkommen der Parteien handelt. Das Wichtigste für uns ist es, aus der ökonomischen Krise herauszukommen und die Demokratie zu stabilisieren, was seit Moncloa möglich ist.

OL.: Siehst Du keine linke Alternative zu dieser Politik, etwa die Bildung einer Regierung aus Sozialisten und Kommunisten?

E. C.: Nein, heute gibt es diese Möglichkeit nicht. Erstens ist der Faschismus noch nicht ausgerottet, die Strukturen des Francismus existieren weiter, und zweitens ist die Linke ja nicht in der Mehrheit.

OL.: Was sind die nächsten Aufgaben der CCOO?

E. C.: Wir müssen die Anwendung des Paktes von Moncloa überwachen, wir müssen die Arbeitslosigkeit senken, die ja auch ein Risiko des Faschismus mit sich beinhaltet; die Demokratie muß in die Arbeitsstätten ein-

dringen; die gewerkschaftliche Einheit muß hergestellt werden. Wenn die Gewerkschaftswahlen, die jetzt gerade stattfinden, so weitergehen wie bisher, daß nämlich die CCOO bei 50 % der Stimmen erhalten, dann wird das die Frage der Gewerkschaftseinheit sicher erleichtern. Unser Ziel unter der Diktatur war es, zur Freiheit zu kommen, jetzt muß man die politische Freiheit mit der sozialen und wirtschaftlichen Demokratie ergänzen.

OL.: Wenn ich Dich recht verstehe, ist die nächste Etappe für euch also die bürgerliche Demokratie mit starker sozialer Komponente.

E. C.: Richtig.

OL.: Wir haben das doch öfter erlebt, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, daß sich die Arbeiterbewegung der Konsolidierung des Kapitalismus zur Verfügung gestellt hat, dann aber politisch kaltgestellt wurde. Seht ihr nicht eine ähnliche Gefahr?

E. C.: Ja, das ist eine Gefahr, aber das hängt von der politischen Konzeption ab. Wir als CCOO versuchen, Forderungen zu stellen, die vom politischen System nicht assimilierbar sind. Wir haben unter Franco jahrelang die Amnestie gefordert. Das war nicht erfüllbar – zumindest nicht unter der Diktatur. Wir haben auch jetzt Forderungen nach Erweiterung der Rechte der Arbeiter, die die bürgerliche Demokratie nicht erfüllen kann. Wenn sie sie erfüllt, destabilisiert sich die bürgerliche Demokratie und wird ein Übergang zu einem neuen System. Auch der Pakt von Moncloa kann von der Suarez-Regierung nicht voll erfüllt werden, dafür bedarf es einer viel breiteren Regierung unter Einfluß der Opposition. Das ist nicht die Macht ergreifung für die Arbeiterklasse, aber das ist auch nicht mehr die Macht der Oligarchie wie bisher. Die traditionellen Gewerkschaften sind an das System gebunden, wir als Gewerkschaften neuen Typs versuchen nicht, in den Tagesaufgaben wie Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter völlig aufzugehen. Wir stellen zusätzlich auch politische Fragen, die Frage einer Änderung der Strukturen.



ZWISCHEN BANKROTT UND ERPRESSUNG

Immer klagender läßt sich der "Gesang vom lusitanischen Popanz" vernehmen. Portugal steht vor dem Staatsbankrott. Wie die Türkei, wie Peru und noch so viele andere Länder der westlichen Hemisphäre, die seit einem Jahrzehnt an der Schwelle zu einer bescheidenen industriellen Entwicklung und Modernisierung der Landwirtschaft auf der Stelle treten.

Die Nachfahren Vasco da Gamas erwischte es besonders schlimm. Nach Jahrzehnten melancholischer Träume von einer Zukunft ohne Salazars Polizei, ohne die Kirche, den Kolonialkrieg und die müßiggängerische Oligarchie waren sie von revoltierenden Offizieren in den Strudel ungestümer politischer und gesellschaftlicher Erwartungen hineingerissen worden. Von diesem Aufblühen romantischen Freiheitsdranges zeugt heute noch die fortschrittlichste "sozialistische" Verfassung der Welt. Das Armenhaus Europas, von den Europäern diesseits der Pyrenäen fast schon vergessen, gibt sich eine neue Verfassung und teilt den westeuropäischen Nationen in der EG mit, daß es am Aufbau des Vereinigten Europas teilnehmen will.

Wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Modernisierung des lusitanischen Anachronismus im Rahmen des integrierten Westeuropas – das war das Programm, mit dem sich die Sozialistische Partei Mario Soares von einer Emigrantengruppe zur stärksten Partei der jungen portugiesischen Demokratie entwickelte.

Zweieinhalb Jahre lang haben ihm seine Wähler das geglaubt, obwohl die Tatsachen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Portugals nach der Liquidierung des letzten Kolonialreiches dieser Erde eine nüchternere Sprache empfahlen als die blumigen Reden des sozialdemokratischen Advokaten.

Wie lange sie sich von Mario Soares noch zu lusitanischen Träumereien verführen lassen werden, ist nun sehr fraglich geworden. Der wendige Schaukelpolitiker hat mit den "Zentrumsdemokraten" des Juraprofessors Freitas do Amaral, der Rechten im portugiesischen Parteienspektrum, eine Koalition gebildet. Er spricht auch schon wieder optimistisch: "Diese Regierung hat alle Voraussetzungen für eine lange und stabile Regierungszeit".

Es kann wohl nicht sein Ernst sein. Der andere Jurist, mit dem zusammen er jetzt die desolaten Staatsgeschäfte verwalten will, Professor do Amaral, steht einer Partei vor, deren Anhänger und Hintermänner noch vor zweieinhalb Jahren die Parteien der Arbeiterbewegung mit Terror, Brandstiftung, Hetze und Gewalt befehdet haben.

Eine Partei, die unter neuem Firmenschild die sozialen und politischen, vor allem aber die klerikalen Stützen des Salazarismus neu gruppierte und mit Hilfe der "Kaziken", der katholischen Kirche und der besorgten "atlantischen" Beobachter die nordportugiesischen Kleinbauern gegen all die politischen Gruppen aufhetzte, die damals für das gekämpft hatten, was heute – allerdings nur auf dem Papier – in der portugiesischen Verfassung steht.

Damals sprach Soares von den Gefahren faschistischer Reaktion. Hat er heute mit der Reaktion seinen Frieden gemacht? Ist er nach Canossa

gegangen, um vielleicht künftig die Hilfe des Vatikans bei seinen Seelenmassagen in Anspruch zu nehmen? Denn es wird wohl darauf ankommen, dem portugiesischen Volk verständlich zu machen, daß nach drei Jahren Frühlingserwachen aus dem langen salazaristischen Dämmerenschlaf bald eine neue Diktatur über Portugals Staat und sein träumendes Volk verhängt werden wird: die Diktatur der Shylocks (eine Gestalt aus Shakespeares "Kaufmann von Venedig", Symbolfigur für wucherischen Geldverleiher) vom internationalen Währungsfonds (IWF).

Die Herren Revisoren in Washington sind ungeduldig geworden. Die Industrie hat kaum einen bescheidenen Zuwachs an Wertschöpfung erreicht, die Genossenschaftsbauern haben die zum großen Teil von den enteigneten Latifundisten brach liegenden gelassenen Landwirtschaft im Alentejo einigermaßen in Gang gebracht, da wird Soares vom IWF recht unsanft an die Regeln der internationalen Buchführung erinnert. An ihn ergeht die Aufforderung, sich im portugiesischen Parlament gefälligst jemand zu suchen, der mit ihm für die Sanierung der Staatsfinanzen haftet.



Freilich, der IWF hat einige gegen den portugiesischen Staat vollstreckbare Titel. Ebenso möchten einige nicht unwichtige Privatbanken ihre Forderungen sichergestellt wissen. Aber in einer kapitalistischen Demokratie gehört zum Gerichtsvollzieher noch die unvermeidliche Koalitionsregierung, die dem Volk gegenüber die Notwendigkeit der Austerität vertritt. In armen, heruntergewirtschafteten Ländern wie Portugal sind Volksvertreter dann jene Parlamentarier und Minister, die die Forderungen und Auflagen der IWF-"Experten" dem Volk gegenüber vertreten müssen ...

Sollte das Volk murren und nicht wollen, sich gar zur Wehr setzen, so hat der amerikanische Senat vorgesorgt. Unter dem Vorsitz des kürzlich verstorbenen Hubert Horatio Humphrey wurden im Dezember 1977 im Auswärtigen Ausschuß 34,5 Mio. Dollar für eine lufttransportierte Eingreifbrigade bewilligt. Wozu? Um das "Vertrauen in den Demokratisierungsprozeß" in Portugal zu stärken. Denn Vertrauen - Kredit - ist lebenswichtig für ein Land, das bankrott zu gehen droht.

Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß - abgesehen vom nunmehr verstorbenen Humphrey - Mario Soares und sein neuer Koalitionspartner Freitas do Amaral in der Befürchtung einig sind, daß die portugiesischen Industriegewerkschaften, zusammengefaßt in der Einheitsgewerkschaft Intersindical, die Landarbeiter im Alentejo, aber auch eine wachsende Zahl von Anhängern der Sozialistischen Partei unter den städtischen Mittelschichten, so unvorsichtig sein könnten, das Vertrauen des IWF in die portugiesische Staatsführung zu verspielen.

"Geld regiert die Welt". In dieser Einsicht werden sich wohl der Vorsitzende der Sozialistischen Partei und der Vorsitzende der "Zentrumsdemokraten" getroffen und sich nolens volens zur Bildung einer Koalition zusammengerauft haben. Doch dürfte spätestens an diesem Punkt der portugiesischen politischen Entwicklung die Frage angebracht sein, wie denn die Manager des Weltgeldes die Welt regieren. Die übliche Antwort darauf dürfte lauten: nach den Regeln der Zahlungsbilanzbuchhaltung. Doch scheinen sich die Bankangestellten

dieser Regeln nicht mehr ganz sicher zu sein. Vorsichtshalber haben sie zum Studium des "Nord-Süd-Konfliktes" unter dem Vorsitz des Präsidenten der Sozialistischen Internationale eine Kommission zusammengestellt, die sich gründlich, unbefangen und in aller Ruhe mit Ursachen und Lösungsmöglichkeiten dieses Konfliktes befassen soll. Es könnte sein, daß diese Kommission dann herausfindet, daß der Nord-Süd-Konflikt - die Zahlungsunfähigkeit fast aller Entwicklungsländer - nur dadurch zu

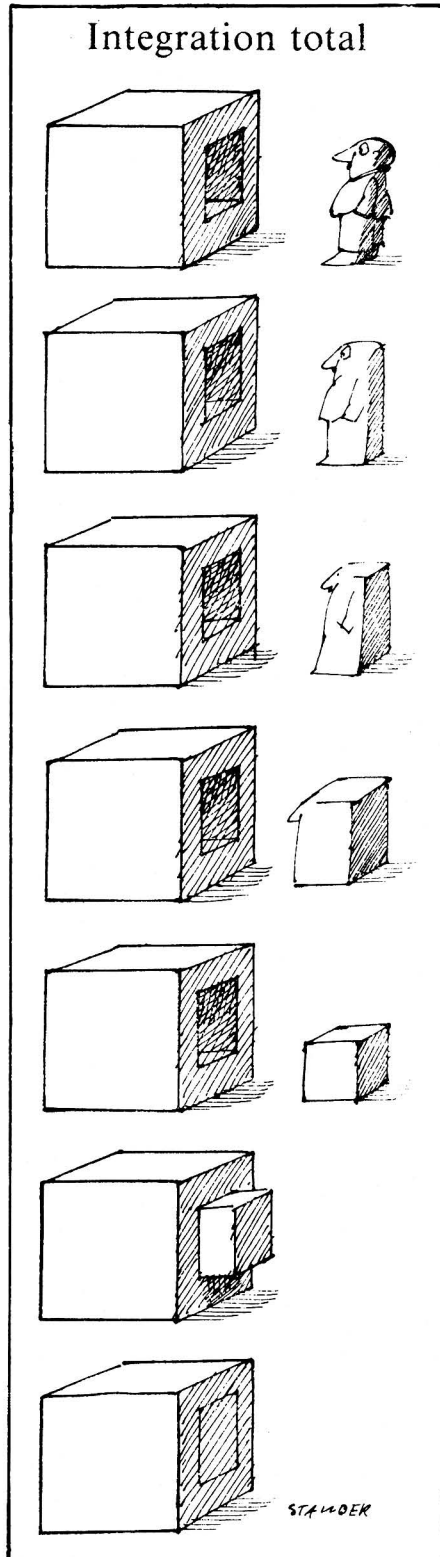
lösen ist, indem man den Bankrott des IWF und der Weltbank erklärt.

Einstweilen gelten jedoch seine "Anpassungsregeln". Zwar nicht - zum Beispiel - für den US-Dollar, den in Zukunft die Devisenreserven vor allem der Bundesbank stützen werden, aber sie werden gelten für den portugiesischen Escudo - und für Portugals Arbeiterklasse, für die Genossenschaftsbauern im Alentejo, sehr bald auch für die überschuldeten Kleinbauern in Portugals Norden. Drastische Kürzung von Staatsausgaben, Drosselung des Imports, Einfrieren der Löhne auf der Hälfte der jetzigen Inflationsrate, Drosselung des im letzten Jahr erreichten Wirtschaftswachstums auf die Hälfte der sechs Prozent im Jahre 1977 - dieser Aberwitz wird nur zu noch größerer Verelendung des portugiesischen Volkes führen.

Soares aber besitzt die Tollkühnheit - oder Unverfrorenheit - zu versichern, seine neue Regierung werde stabil sein. Portugals Wirtschaft ist - mit Ausnahme der Industriezentren um Lissabon - an der Wende zum 19. Jahrhundert stehengeblieben. Aus unterschiedlichen Gründen wehren sich die Volksdemokraten Sa Carneiros, die Einheitsgewerkschaft Intersindical und die Kommunistische Partei dagegen, daß es auf Geheiß des IWF dabei bleibt.

Zur Sicherung der jungen politischen Demokratie - auch gegen Übergriffe der Kommunisten - ist Mario Soares Sozialistische Partei 1975 von der europäischen Sozialdemokratie unterstützt worden. Wenn er sich heute anschickt, mit seinem neuen Koalitionspartner die Auflagen des IWF zu vollstrecken, wird vom Programm der Modernisierung, für das er in der BRD Goodwill erzeugen wollte, nichts mehr übrig bleiben. Er wird gerade den Bevölkerungsschichten das ihm aufgezwungene Sparprogramm auferlegen müssen, die bislang seine Minderheitsregierung gestützt haben: Die Wähler der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei. Er wird gezwungen werden, der Einheitsgewerkschaft Intersindical all die Erregenschaften wieder zu entreißen, die sie sich im Gefolge des 25. April 1974 erkämpft hat.

Wenn der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und nicht zuletzt der DGB ein Interesse



daran haben, daß das portugiesische Volk, die portugiesische Arbeiterbewegung den Anschluß an die europäischen Gemeinschaften finden, müssen sich die Verantwortlichen in diesen Gewerkschaftsorganisationen sehr bald etwas einfallen lassen, ob und wie sie den gewiß erbitterten Widerstand, den die portugiesische Gewerkschaftsbewegung der drohenden Einkommenspolitik entgegenzusetzen wird, unterstützen können.

Die Verfassung der portugiesischen Demokratie steht derzeit nur auf dem Papier. Bald könnten auch die Rechte, die sich die Arbeiterbewegung Portugals in den letzten drei Jahren erstritten und größtenteils auch noch erhalten hat, bloß noch Vergangenheit sein. Das gilt es zu verhindern.

Noch besteht die Möglichkeit, dem Zusammenhalt der Einheitsgewerkschaft Intersindical von Nordwesteuropa aus den nötigen Rückhalt zu geben und über andere wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht nur zur Sanierung, sondern zur Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft und zu ihrer Integration in die EG konstruktive Gedanken zu entwickeln. In erster Linie aber geht es darum, wie die Gewerkschaften in der EG die Intersindical in künftigen Auseinandersetzungen unterstützen könnten. Denn die Gewerkschaftsbewegung in Portugal darf nicht allein gelassen werden. Auch darf es kein Hindernis für die Gewerkschaften Nordwesteuropas sein, daß die Kommunistische Partei, der man mit Fug und Recht eine Reihe waghalsiger und undemokratischer Abenteuer im Jahre 1975 vorwerfen kann, in der Einheitsgewerkschaft Intersindical einen großen Einfluß ausübt. Je bereitwilliger EGB und IBFG der portugiesischen Einheitsgewerkschaft bei künftigen Auseinandersetzungen zu Hilfe kommen werden, denn Portugals Arbeiterbewegung ist Teil der europäischen Arbeiterbewegung, desto eher wird es möglich sein, den Einfluß der Kommunistischen Partei zu korrigieren, wenn es notwendig würde.

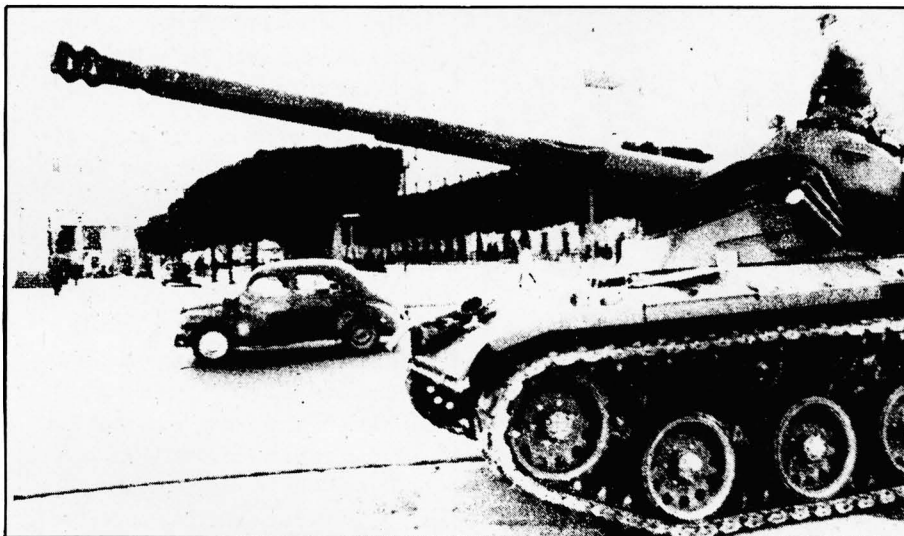
Peter G. Spengler



Auszugsweise aus: Gewerkschafts-INFO 1/1978
Böblingen/BRD

Tunesien:

PANZER GEGEN STREIKENDE



"Sozialismus" à la tunesienne : Panzer gegen Arbeiter

Die Gewerkschaft UGTT (Union generale des travailleurs tunisiens), die mit ihrer halben Million Mitglieder die einzige in Tunesien ist, hat Mitte Jänner den Generalstreik angekündigt. Es kam zu einem Blutbad mit 150 Toten und ca. 800 Verletzten.

Der Staatspräsident Bourgiba, "le combattant suprême", 74 Jahre alt, einer der Gründer der einzigen zugelassenen Partei "parti socialiste destourien" (PSD, die das öffentliche Leben bestimmt), konnte bisher jegliche Art von Opposition ohne großes Aufsehen ausschalten.

Im Laufe der Regierungszeit wurde die PSD zu einer bürokratisch erstarrten Organisation, die eng mit der herrschenden Klasse zusammenarbeitete und die Integration des Landes in das westliche System ermöglichte. In der Zeit zwischen 1956 bis 1977 gab es immer wieder Divergenzen innerhalb der Partei über den weiteren Weg. Das Regime setzte alle Methoden ein, um Gegner seiner Politik auszuschalten, es sah in B. Jussef (Bourgibas Compagnon während des Widerstandes) seinen Kontrahenten. Er wurde in Frankfurt im Hotel National Anfang der sechziger Jahre durch den tunesischen Geheimdienst ermordet. Die reaktionären Kräfte behielten die Oberhand und verhafteten 1969 B. Salah (ehemaliger Wirtschafts- und Erziehungsminister).

Masmoudi und Mestiri wurden von ihren Ministerposten enthoben, weil sie liberale Politik durchzusetzen versuchten.

Staatliche Willkür, Folter und Korruption kennzeichnen die innenpolitische Atmosphäre Tunesiens. 1956 von Frankreich unabhängig geworden, ist es heute wirtschaftlich sehr stark abhängig vom Ausland.

Im Laufe des Jahres 1977 hat sich die Lage derart zugespitzt, daß es zu einer massiven Unzufriedenheit in breiten Teilen der Bevölkerung kam. Streiks waren das Ergebnis dieser Situation: z. B. Eisenbahnerstreiks im Oktober 1977, Lehrerstreiks im November 1977. Die Arbeiter fordern bessere Arbeitsbedingungen, Schaffung von Arbeitsplätzen, höhere Einkommen. Im Dezember 1977 wäre die Mehrheit der 13.000 Bergarbeiter in Südtunesien in den Streik getreten, wenn die Regierung nicht schnell mit Geld und Versprechungen beruhigt hätte. Ein anderer Konflikt in der Textilfabrik von Ksar Ellal wurde auch schon im vorigen Oktober mit Hilfe des Militärs beseitigt. Daraufhin wird der Innenminister Belkhoja von seinem Amt enthoben, weil er seine Kritik an der Regierung verstärkte und die Gewerkschaft unterstützte. Andere Entlassungen folgten.





Premierminister Nouria :
Der Kronprinz läßt schießen

Einige gemäßigte Minister solidarisierten sich, indem sie kündigten, was aber der Regierungspartei ermöglichte, neue Minister zu ernennen, die diese Politik des harten Kurses noch förderten.

Ab dann zeichnen sich die Fronten klarer ab: Einerseits die Regierung mit den harten Männern des Regimes, die sich auf die Partei stützen mit ihren 1.400 Zellen im Land, auf der anderen Seite die UGTT, die mit ihren 500.000 Mitgliedern mit unbefristeten Streiks in den wichtigsten Wirtschaftssektoren (u. a. Phosphatbergwerke) drohen. Überrascht von den ungünstigen internationalen Reaktionen auf den härteren politischen Kurs, beunruhigt durch die Entschiedenheit der UGTT, geht die Regierung einige Kompromisse ein, die den offenen Konflikt nur verschieben. Die UGTT kündigt einen Generalstreik am 26.1.78 an, einerseits als Reaktion auf die Angriffe der Regierung gegen ihre Mitglieder oder Lokale, andererseits wegen der Ungeduld der Basismitglieder. Diese haben Habib Achour, den Generalsekretär der UGTT dazu gedrängt, seinen einflußreichen Posten innerhalb der Regierungspartei aufzugeben. Von daher verfügt die Regierung nicht mehr, wie es jahrelang der Fall war, über die kompromißlerische Bereitschaft ihrer ehemaligen Regierungsmitglieder, die die direkte Konfrontation immer vermieden hatte. Dafür liebäugelt die Gruppe "Mouvement des Democratres sociaux" mit der

UGTT, unter den Parolen "Pluralismus, Amnestie, Demokratisierung". Diese Gruppe ist insofern attraktiv, weil sie den Mangel an einer offiziellen Linken in Tunesien zu kompensieren versucht. Viele Linke sitzen im Gefängnis oder leben im Exil.

Zu der Eskalation der Ereignisse gehört auch die Verhaftung des Generalsekretärs der UGTT in Sfax wegen "diffamierender Aussagen gegen die Regierung", die allerdings in einer geschlossenen Versammlung gefallen waren. Der Text dieser Rede soll von Mitgliedern der Regierungspartei gestohlen und in deren Zeitung Al Amal veröffentlicht worden sein. Auf die verschiedensten Provokationen der Regierung hin ist der Generalstreik auf einer Pressekonferenz angekündigt worden. In Anwesenheit von Otto Kersten (Generalsekretär der CISL internationaler Bund der freien Gewerkschaften), der den Dialog zwischen Premierminister Nouria und der UGTT wieder ermöglichen sollte. An diesem Tag, 24.1., kam es schon zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, wo 68 Demonstranten von den BOP (Brigaden für die öffentliche Ordnung) verhaftet wurden.

Am Donnerstag, dem 26.1., war Tunis schon sehr früh durch Streik und Polizeisperren lahmgelegt worden. Militärbusse standen schon bereit. Die Leute versammelten sich in allen Stadtvierteln, die Atmosphäre unter den Demonstranten war auch sehr gespannt. Die Zentrale der UGTT wurde von der Polizei umzingelt. Der Generalsekretär der UGTT soll in einem Anruf den Premierminister darum gebeten haben, den Polizeiaufwand zu reduzieren, sonst würde es in einem Blutbad enden (Die Regierung stützt sich u. a. auf diese Tatsache ihrer Anklage gegen Achour und die UGTT als Anstifter des Ganzen). Das Militär unter der Führung von Ferchichi griff ein. Über die Zahl der Toten und Verletzten wird sehr verschieden berichtet. Mindestens 12 Mitglieder des Vorstandes der UGTT sollen am 26. Januar bei der Räumung des Gewerkschaftsbüros verhaftet worden sein, wo drei Vorstandsmitglieder, Kheireddine Sahli, Hassen Hamoudia und Mohammed Ben Ezzedine, in den Hungerstreik getreten waren. Die Medien verbreiteten eine diffamierende Kampagne gegen die Anstifter des "Komplots". Die UGTT dementiert solche Anschuldigungen, wonach die Demonstranten



Gegenspieler Gewerkschaftschef Achour:
Verhaftet und abgesetzt

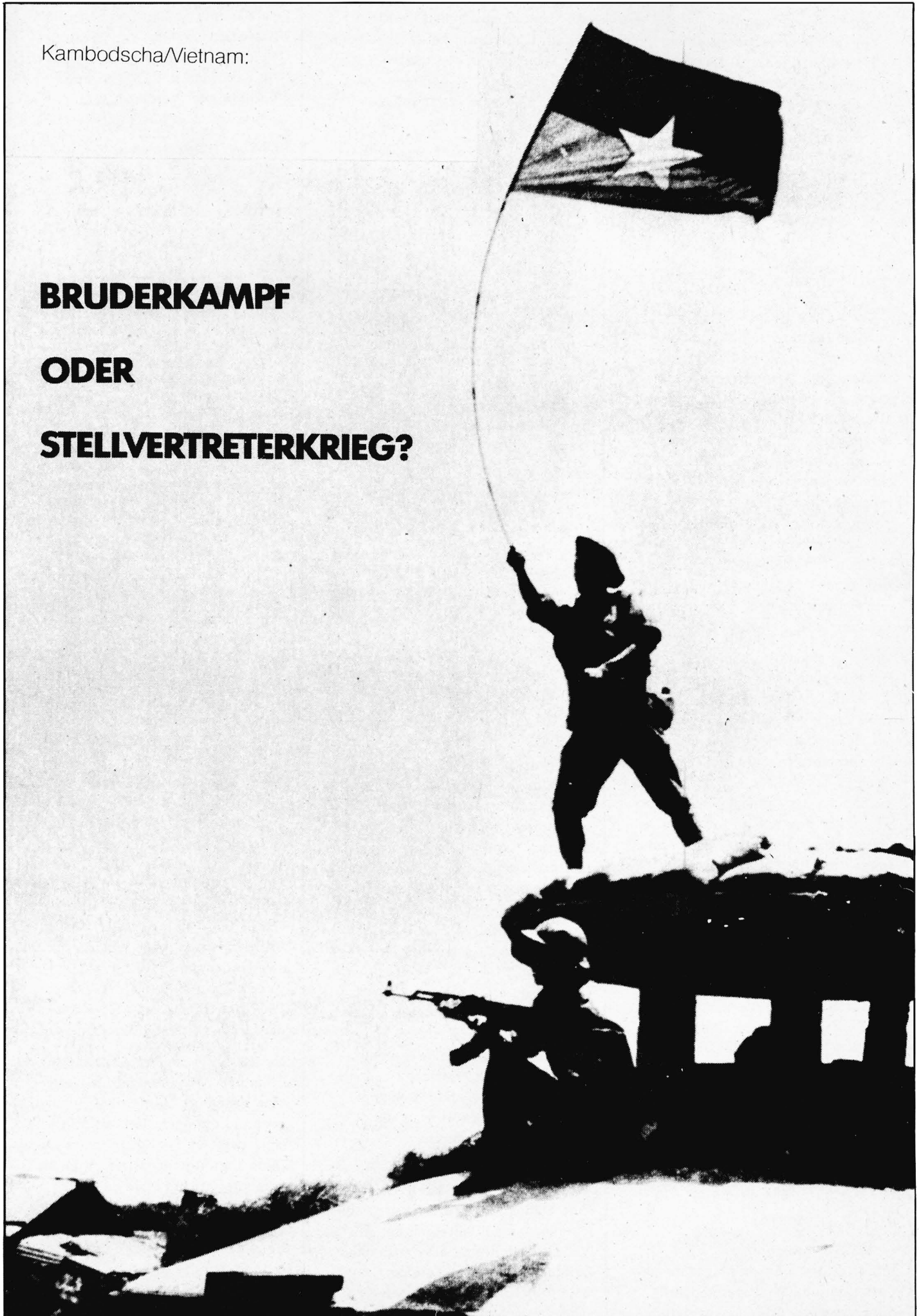
sich in ihren Räumen bewaffnet haben sollen. Sie redet von Provokateuren der Regierung und besteht auf dem sozialen und gewerkschaftlichen Charakter des Streiks. Dieser Streik scheint die Form einer Wutexplosion der Basismitglieder und der Bevölkerung angenommen zu haben. Die politischen Initiativen von der Seite der UGTT fehlen. Die Regierung arbeitet daran, die "Extremisten" von der UGTT zu entfernen, die sich nach Premierminister Nouria an deren Spitze emporgearbeitet haben.

Offiziell soll es mehr als 100 Verhaftete geben. Darunter 720 Arbeiter, 60 Arbeitslose, ca. 20 Lehrer. In allen Städten in Tunesien soll es Razzien gegeben haben. 92 Leute in Tunis sind schon verurteilt worden zu Strafen zwischen 2 Monaten und 2 Jahren Gefängnis. In anderen Städten sind Leute bis zu 5 Jahren verurteilt worden. Zwei Gründungsmitglieder der Liga für Menschenrechte, die auch Mitglieder der UGTT sind, sind verhaftet worden. Die Liga für Menschenrechte verlangt die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Im Ausland finden zur Zeit viele Solidaritätsdemonstrationen statt.

Aus Liberation (Dezember 1977, Januar, Februar 1978), Le Monde und einem Flugblatt des AstA. ★

Kambodscha/Vietnam:

**BRUDERKAMPF
ODER
STELLVERTRETERKRIEG?**



Die einstigen Kampfgefährten Vietnam und Kambodscha stehen im Krieg gegeneinander. Die Sowjetunion und China im Hintergrund geben Schützenhilfe und liefern militärische und politische Munition. In den letzten Wochen sind genug Fakten öffentlich bekannt geworden, so daß man sich – ohne zunächst einmal "Schuld" zu verteilen – an eine Bestandsaufnahme wagen kann, die zumindest ein paar Hintergründe ausleuchtet.

Vietnam und Kambodscha – beide konnten sich im April 1975 innerhalb von zwei Wochen von reaktionären Marionettenregierungen "Made in USA" befreien, aber obwohl sie jahrelang gemeinsam gekämpft hatten, gingen sie nun zwei völlig verschiedene Wege.

Die Entwicklung in Vietnam

In Vietnam war schon lange vor dem Sieg des Vietcong im Süden eine breite Front gegen die reaktionäre Regierung entstanden, die praktisch alle gesellschaftlichen Schichten und keinesfalls nur die vietnamesischen Kommunisten umfaßte. Durch eine gute Propagandaarbeit, die durchaus im Einklang mit den Realitäten stand, sammelten sich die Kräfte, die der US-Aggression und den reaktionären Regimes von Diem bis Thieu feindlich gegenüberstanden in den Widerstandsorganisationen, die mit dem Vietcong zusammenarbeiteten.

1975, nachdem die Regierung Thieu fast blitzartig zusammengebrochen war – sie war tatsächlich nur mehr von Dollars und Bajonetten gestützt – war der sozialistische Aufbau der gut vorbereitete logische Schritt: Auch in den Städten war die Organisation, die die Ordnung wiederherstellte und den Aufbau leiten sollte, bereits vorhanden. Alle, die bereit waren, mit dem alten System zu brechen, konnten sich anschließen und fanden ihren Platz. Für Offiziere und Beamte der Thieu-Armee gab es eine Phase der Umerziehung in Lagern. Der Großteil hat diese Lager schon wieder verlassen und ist in die Gesellschaft eingegliedert, auch für den Rest von mehreren Zehntausend zeichnet sich ein baldiges Ende ab.

Die Fehlentwicklung in Kambodscha

In Kambodscha haben fünf Jahre Kampf viel nachhaltigere Spuren hinterlassen als 15 Jahre in Vietnam.

Die Einheitsfront aller fortschrittlichen Kräfte stand von Anfang an nur auf dem Papier.

Prinz Sihanuk leitete in Peking eine Exilregierung; – im Untergrund in Kambodscha, aber auch in Peking selbst – abgesondert in einem Gebäudekomplex am anderen Ende der Stadt – gab es einen Bündnispartner, der während der Regierungszeit Sihanuks vor 1970 selbst verfolgt und geächtet war: die kambodschanischen Kommunisten, oder genauer gesagt, eine stalinistisch-maoistische Fraktion, die sich in bis heute undurchsichtigen Fraktionskämpfen durchgesetzt hatte. Ihre Identität als "Kommunistische Partei" getrauten sie sich überhaupt erst 17 Jahre nach der Gründung und zwei Jahre nach dem militärischen Sieg dem Volk mitzuteilen. – Die Massen erfahren 1977, wer ihre Vorhut ist... –

Anders als in Südvietnam sind die Städte nicht auf die "Revolution" vorbereitet. Anstatt alle Kräfte zu vereinigen, die bereit sind, am Wiederaufbau im sozialistischen Sinn mitzuarbeiten, werden "Altvolk" und "Neuvolk" gegeneinander ausgespielt. Das "Altvolk" sind die Soldaten und Kader der "Roten Khmer" und die Bauern der alten Guerillagebiete, das "Neuvolk" die Stadtbewohner und alle, die erst 1975 "befreit" worden sind. Sie gelten – ohne irgendwie zu differenzieren – als potentielle "Volksfeinde", werden aus ihrer Heimat vertrieben, besonders beaufsichtigt und beobachtet. Die Hälfte der Bevölkerung als potentieller Klassenfeind?

Kambodscha 1978: Ein Land ohne "Bourgeoisie", ohne Intellektuelle, ohne Städte, ohne Geld, ohne Hochschulen, ohne Privateigentum an Produktionsmitteln, aber auch ohne Zeitungen, Post und Telefon. Der erste sozialistische Staat? Schwerlich, eher ein Rückfall in den asiatischen

Feudalismus, geführt von den Funktionäre der "Angkar" (= "Organisation", wie sich die KP vor der Lüftung ihrer Identität 1977 nannte), die allein über Verteilung der materiellen Güter und Politik entscheiden.

Nicht die Hinrichtungen, Zwangsumsiedlungen und Brutalitäten gegen weite Teile der Bevölkerung (so bedauerlich es auch ist, daß sie überwiegend wahr sind) sind die größten Horrorgeschichten, sondern daß sich im Namen des nationalen Befreiungskampfes, im Namen der sozialistischen Revolution eine Herrschaft etabliert hat, die an die schlechtesten Traditionen des Feudalismus und Stalinismus anknüpft.

Innere Unterschiede + äußere Konflikte

Nun sind die unterschiedlichen Entwicklungen in Vietnam und Kambodscha an sich noch kein Grund, Krieg zu führen. Auch Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung könnten gut miteinander auskommen. Daß der Konflikt entsteht, liegt wesentlich auch an dem Spiel, das die Hintermänner Chinas und die Sowjetunion treiben. Vietnam fürchtet einen chinesischen Expansionismus, Kambodscha fürchtet den vietnamesischen, mit der SU im Hintergrund. Eines ist sicher: Um Grenzen geht es zwischen Vietnam und Kambodscha nicht, wenn man von einem kleinen Stück Hoheitsgewässer absieht. Es sind subtilere Formen von "Loyalitäten" zur jeweiligen Großmacht an dessen Stelle getreten. Waffen- und Wirtschafts-"Hilfe" werden gegen verbale und außenpolitische Unterstützung gehandelt, gegen die Stimme in der UNO, das Lob auf die Mao-Tsetzung-Ideen oder die Breschnjew-Doktrin.

Die Fakten in dem Spiel zu viert: China hat zwar Vietnam im Widerstand gegen die USA großzügig unterstützt, die neutrale Position Vietnams zwischen der Sowjetunion und China aber nie akzeptiert. Vietnam verzichtet mittlerweile auf eine solche neutrale Position und vertritt weitgehend die Politik der SU. Im Grenzkonflikt zwischen China und Vietnam um die Inseln im südchinesischen Meer, ist China nicht bereit zu verhandeln und droht Vietnam

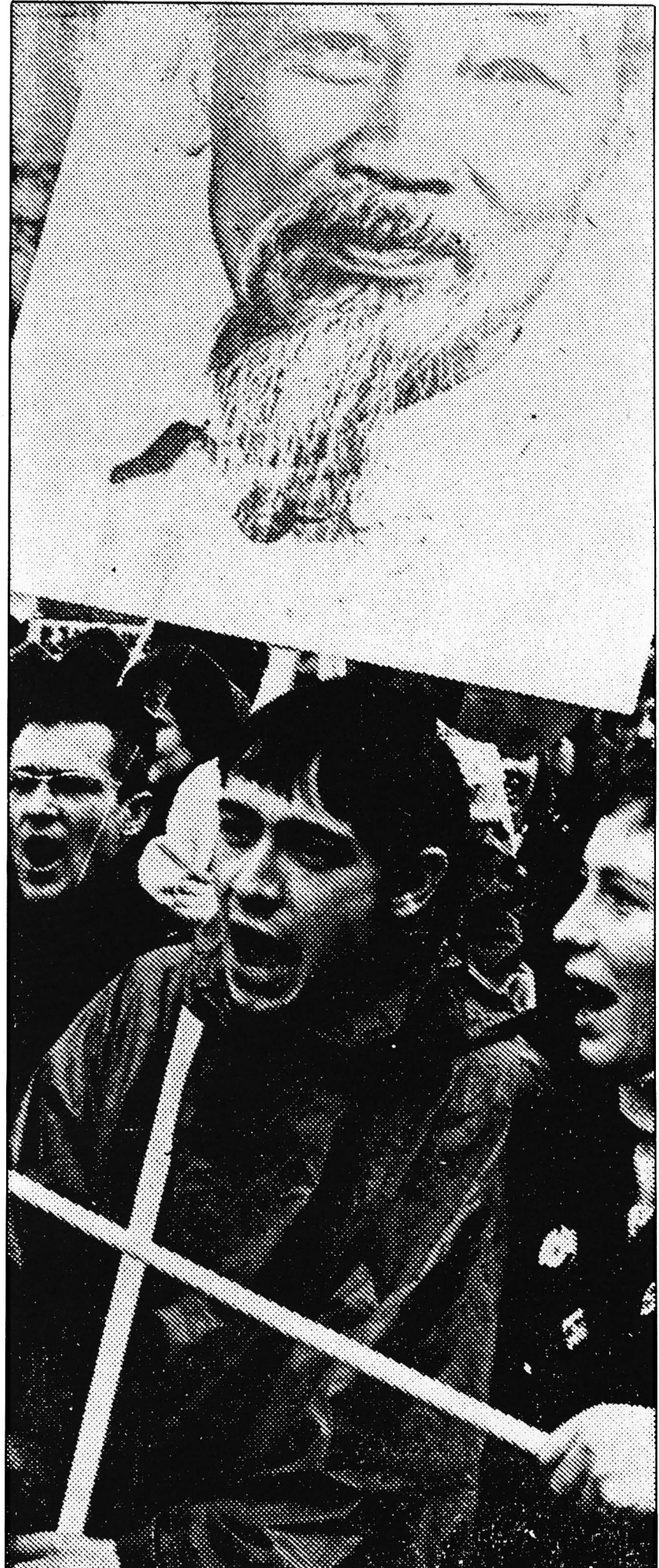
neuerdings mit militärischen Aktionen. Die historischen Ängste Vietnams vor einem chinesischen Expansionismus werden durch die Realität wieder geweckt. Vereinzelte kambodschanische Übergriffe auf vietnamesisches Territorium verstärken dieses Gefühl. Aber auch Vietnam selbst spielt – mit der Sowjetunion im Rücken – ein wenig Großmacht: Zuerst einmal gegenüber Laos, dem kleinen dritten indochinesischen Staat, der seine blockfreie Politik aufgeben muß. Und schließlich, als Antwort auf die Grenzscharmützel, gegenüber Kambodscha: Vietnam läßt seine überlegene Armee einmarschieren, in der Hoffnung, damit die Regierung in Pnom Penh zu stürzen. Ein Vietnam, das zwar "im Recht" ist, dessen Regierung im eigenen Land zum Unterschied von Kambodscha legitimiert ist, das sich von zwei Seiten bedroht fühlen mußte, das aber schließlich selbst zum Aggressor geworden ist, als es versuchte, mit militärischer Gewalt die innenpolitische Lage in Kambodscha zu ändern.

Lokale Lösung = globale Lösung

Eine Lösung ist kaum denkbar, solange es keine Lösung zwischen China und der Sowjetunion gibt. Ein distanzierter "modus vivendi" wird vielleicht die ehemalige Kampfbrüderschaft ersetzen, im schlechteren Fall ein Dauer-Kleinkrieg mit den beiden Großmächten im Rücken.

Der Versuch der blockfreien Länder, einen eigenen Weg zu gehen, der sie nicht in die Abhängigkeit irgendwelcher Länder bringt, muß heute als gescheitert angesehen werden. Konflikte in der Dritten Welt entwickeln sich immer mehr nach der Formel prosovietisch gegen prochinesisch (wobei sich zu China im Hintergrund des öfteren auch noch die USA gesellen): siehe Bangladesch, siehe Angola, siehe Ogaden, siehe Indochina ...

Die Blockfreien werden nach einer neuen Strategie suchen müssen, mit der sie auch gegen die Abhängigkeiten zweitrangiger Großmächte bestehen und Konflikte regeln können, ohne auf Waffen von anderswo angewiesen zu sein.



Argentinien:

FUSSBALL MACHT NICHT FREI

Vor zwei Jahren, am 24. März 1976, putschten in Argentinien einmal mehr rechte Militärs gegen eine zivile Regierung. Sie setzten Isabel Perons rechtspemonistische Regierung in einem Augenblick ab, als diese in den Augen der Massen abgewirtschaftet und sich trotz zunehmender Repression als unfähig erwiesen hatte, die sich verschärfende wirtschaftliche Krise auf dem Rücken der Arbeiter zu lösen.

Obwohl der Staatsstreich auf keinen nennenswerten Widerstand stieß, zählt Argentinien heute zu den repressivsten und blutigsten Militärdiktaturen des Kontinents. Dennoch kam es bisher erst zu bescheidenen Ansätzen internationaler Solidarität mit den Opfern der Junta. Unter anderem veröffentlichte Amnesty International Anfang März 1977 einen Bericht über verschiedene Formen grausamster Repression, für die die Militärs verantwortlich sind; schon im Februar 1977 verurteilte die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen die Verletzung von Menschenrechten in Argentinien. Sogar US-Präsident Carter sah sich zu einer Reduzierung der Militärhilfe an Argentinien genötigt.

In dieser Situation einer sich bereits abzeichnenden internationalen Isolierung der Junta kam den Militärs die Fußball-WM 1978 gerade recht: In den Massenmedien ist heute, kappe drei Monate vor der WM, weniger vom Terror der Junta als von den Reizen des Landes die Rede. Fast könnte man den Eindruck bekommen, die Freiheit sei mit dem Fußball in Argentinien eingezogen. Die Realität aber schaut anders aus, und die politisch Verfolgten Argentinien benötigen heute mehr denn je unsere Solidarität. Denn eines steht fest: Fußball macht nicht frei!

Das Versagen des Peronismus

Die Geburtsstunde des Peronismus kann mit 1943 angesetzt werden, als Peron nach einem Putsch nationalisierender Offiziere Arbeitsminister wurde. Bei den Putschisten handelte es sich um die Vertreter der Interessen einer im Gefolge der Weltwirtschaftskrise erstarkten einheimischen Bourgeoisie. Sie war entstanden, um die infolge der weltweiten Krise für Argentinien zu teuren Importe ausländischer Waren zu ersetzen (Substitutionsindustrie) und erlebte insbesondere nach dem 2. Weltkrieg einen Aufschwung, als Argentinien Exportprodukte (Fleisch, Getreide) auf dem Weltmarkt gefragt waren. Dieser Aufschwung sowie der Wunsch nach einer Ausweitung der internen Absatzmöglichkeiten für die Produkte dieser Industrie waren die Grundlage für fortschrittliche sozialpolitische Maßnahmen Perons (Ausbau der Gewerkschaft, Sozialversicherung, Kündigungsschutz, Arbeitszeitbeschränkung...), die ihm die Unterstützung der Arbeiterschaft im Kampf gegen die traditionelle Oligarchie sowie das vordringende US-Kapital sicherten.

Als dieses Wachstumsmodell an seine Grenzen stieß, und Peron für den Ausbau der bisher vernachlässigten Schwerindustrie US-Kapital ins Land holte, verschärfte sich die wirtschaftliche Krise. Damit ging die wichtigste Voraussetzung der peronistischen Klassenversöhnungspolitik verloren: Zugeständnisse an die Arbeiter waren zu teuer geworden. Peron wurde 1955 durch einen Putsch der Agraroligarchie und der Militärs gestürzt.

Aber auch die nun folgende verstärkte Unterdrückung der Arbeiterbewegung, die mit einem Ausverkauf des Landes an ausländisches Kapital Hand in Hand ging, konnte die Krise nicht beheben. Als der Widerstand der Arbeiterbewegung sich 1969 in Volksaufständen (Gordoba, Rosario) und 1970 in mehreren Generalstreiks artikuliert, riefen die Militärs zur Meisterung der Lage Peron, der bei der Arbeiterschaft noch immer hohes Ansehen genoß, aus dem spanischen Exil zurück.

Da aber die ökonomische Grundlage für eine arbeiterfreundliche Politik



"Hexenmeister" Lopez Rega, Diktator Peron, Gattin "Evita"

bei gleichzeitiger Beibehaltung der abhängigen kapitalistischen Wirtschaftsstruktur fehlte, mußte Peron die in ihn gesetzten Erwartungen enttäuschen. Er entschied sich für eine Politik im Interesse der Grundbesitzer und des Auslandskapitals, gegen die Interessen der Arbeiter. Dadurch kam es zur Spaltung des Peronismus in zwei Lager, die sich nach Perons Tod unter seiner Frau Isabel als Präsidentin verstärkt fortsetzte.

Im selben Maß aber, wie zunehmend zu repressiven Mitteln gegriffen wurde, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen (freie Hand für rechte Terrorbanden wie die AAA - anti-kommunistische Allianz Argentiniens -, freie Hand für die Streitkräfte zur Guerillabekämpfung, Unterstellung des gesamten repressiven Staatsapparates unter das Heer, Verhängung des Ausnahmezustandes usw.), verloren die peronistische Regierung und Gewerkschaftsbürokratie an Autorität bei den Massen. Diese entglitten immer mehr der Kontrolle des korrupten Gewerkschaftsapparates: So kam es etwa im Juli 1975 gegen den Willen der Gewerkschaftsführung zu einem Generalstreik gegen einen arbeiterfeindlichen Wirtschaftsplan, der die rechte Hand Isabels, Lopez Rega, zum Rücktritt zwang. Auch ein zweiter Sparplan vom März 1976 (Wirtschaftsplan Mondelli), stieß auf den

erbitterten Widerstand der Arbeiter, deren Lebensstandard in den Monaten davor schon erheblich gesunken war: Die Streikaktionen weiteten sich aus, Argentinien stand vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Putsch und Terror des Militärs

Die Militärs hatten bereits vor dem Putsch die eigentliche Macht in den Händen, doch engte die Staatsform

der Demokratie durch formale Hindernisse ihren Spielraum ein. Je weniger sich aber selbst die geringfügigsten demokratischen Spielregeln mit der Stabilität des bürgerlichen Systems vereinbaren ließen, desto näher rückte die direkte Machtübernahme des Militärs. Am 24. März war es soweit: "Angesichts des institutionellen, sozialen und administrativen Chaos, das die Republik beherrscht, hat die . . . Militärjunta entschieden, die Regierung der argentinischen Nation zu übernehmen. . ." heißt es im Kommuniqué Nr. 1 der Putschisten.

Schon im Oktober 1975 hatte der Führer des Putsches, General Videla, das Programm der Militärs skizziert: "Wenn es notwendig ist zur Wiederherstellung des Friedens im Lande, dann müssen alle im Wege stehenden Personen sterben". General Saint-Jean, einer der "Falken" unter den Militärs, erläutert dieses Mordprogramm näher: "Erst werden wir die Subversiven töten, dann ihre Kollaborateure, dann die Sympathisanten, danach die Indifferenten und zum Schluß die Lauen".

Die Militärs sind nicht faul bei der Realisierung ihrer Pläne: Zunächst lösten sie die Parlamente auf Bundes- und Provinzebene auf, verboten die 62 wichtigsten peronistischen Gewerkschaften, sowie alle marxistischen Parteien und Organisationen (ausge-



nommen die zunächst juntafreundliche KP), hoben Streik- und Versammlungsrecht auf, unterstellten die Zeitungsredaktionen militärischer Kontrolle, setzten Militärtribunale ein usw.

Bei Fabrikdurchsuchungen gleich nach dem Putsch wurden Hunderte von Gewerkschaftsführern entführt und ermordet.

Innerhalb von wenigen Wochen füllten sich die Gefängnisse mit tausenden politischen Gefangenen, Konzentrationslager für die tausenden von staatlichen Repressionsorganen (die immer mehr mit den rechts-extremen Terrorbanden verschmolzen), Entführten wurden eingerichtet (z. B. La Perla, La Rivera, La Atomica, Campo de Mayo....). Die dorthin Entführten sind, sofern sie nicht sofort massakriert oder zu Tode gefoltert wurden, Geiseln in den Händen des Militärs. Bei den zahlreichen in den Medien erwähnten "Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und 'Subversiven'", bei denen es auf Seiten des Militärs nie Verluste gibt, handelt es sich in der Regel um Massaker an politischen Gefangenen.

Die Repression trifft neben den Arbeitern die gesamte kulturtragende Elite des Landes, die ausgerottet oder ins Exil gezwungen wird: Studenten, Journalisten, Schriftsteller, Künstler, Rechtsanwälte, Priester.... Während es zu einer Renaissance faschistischer Literatur kam, wurden marxistische Bücher verbrannt. Darüber hinaus wurden an zahlreichen Universitäten "subversive" Studienrichtungen, wie Soziologie, Politikwissenschaft, Ökonomie, Publizistik usw., abgeschafft.

Nach zwei Jahren Militärdiktatur läßt sich heute die Anzahl der politischen Gefangenen, Entführten und Ermordeten annähernd angeben. Die Junta selbst gibt zu, über 8.000 politische Gegner ermordet zu haben; über 15.000 wurden entführt; es gibt zwischen 20.000 und 30.000 politische Gefangene oder Verschwundene.

Wie viele Menschen müssen noch sterben bis zur Erreichung jener von Videla ersehnten Friedhofsruhe? Wie lange wird die Weltöffentlichkeit zu diesem planmäßigen Blutbad schweigen? Wird sie sich durch das WM-Spektakel davon abhalten lassen, den Militärs ihr blutiges Handwerk



zu legen? Sorgen wir dafür, daß diese Rechnung der Junta nicht aufgeht; nehmen wir die Spiele zum Anlaß, die Unfreiheit und den Terror im heutigen Argentinien anzuprangern.

H.K. /IGLA

P. S. : Der zur Koordinierung der anläßlich der WM von den verschiedenen politischen Gruppen, Komitees usw geplanten Aktivitäten gebildete Koordinationsausschuß trifft sich alle 14 Tage; nächster Termin: 10. März, 17.30, Jugendrat für Entwicklungshilfe (Tuchlauben 8).

ARGENTINIEN WM'78



FUSSBALL UND FOLTER

Zu beziehen über Galerie 70,
Schillerstr, 70, D-1 Berlin 12
143 Seiten, DM 5,- + Porto

Eine Dokumentation zur argentinischen Realität vor dem Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft 1978



Jeden Freitag & Samstag ab 20^h Programm

DER VEREIN IRANISCHER STUDENTEN
(CISNU)

veranstaltet am Samstag, den 11.3.1978
sein alljährliches NORUZ-Fest.

ORT : Konreßhaus Margareten
Margaretengürtel 138 - 140
1050 Wien

BEGINN : 20 Uhr

ANKÜNDIGUNG: Am 6. März wird ab 19.00 Uhr im Z-Club ein Informations- und Solidaritätsabend zu Argentinien stattfinden.

Veranstalter: IGLA, CISLA, AMNESTY INTERNATIONAL

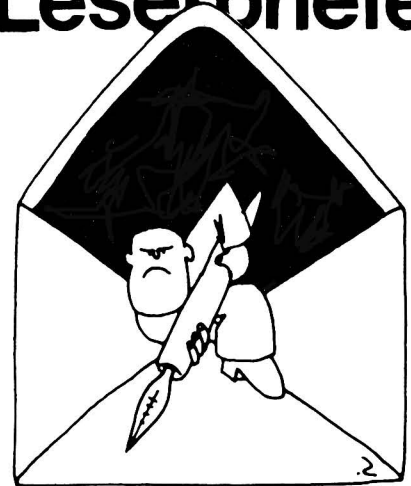
Weitere Literatur zur Geschichte des Peronismus sowie zur Situation in Argentinien heute:

- | | |
|---|------------|
| 1) Lateinamerika Anders Nr. 1, 3 | öS. 15, -- |
| 2) Sigfrid Fronius: "Nicht besiegt und noch nicht Sieger." Rotbuch-V. | öS. 61, 60 |
| 3) Argentinien-Sondernummer der Chile-Nachrichten | öS. 30, -- |
| 4) Argentinien auf dem Weg zum Völkermord, CADHU | öS. 85, -- |
| 5) "Fußball und Folter," Dokumentation zur argentin. Realität vor dem Hintergrund der WM.... | öS. 40, -- |

Alle zu beziehen über IGLA (Werner Hörtnner, 5, Schönbrunner Straße 24/23
Tel.: 57 38 293

1) und 5) auch über den Gemeinschaftsvertrieb, 1020 Wien,
Franz-Hochedlinger-Gasse 6

Leserbriefe



Als langjährige und "alte" (in jedem Sinn alte) Leserin von "offensiv links" scheint mir die letzte Nummer nicht nur in ihrer äußeren Aufmachung interessanter und wertvoller als die vorhergehenden. Auch inhaltlich habe ich mich diesmal mit einer Reihe von Beiträgen solidarisieren können und manche Information gewonnen.

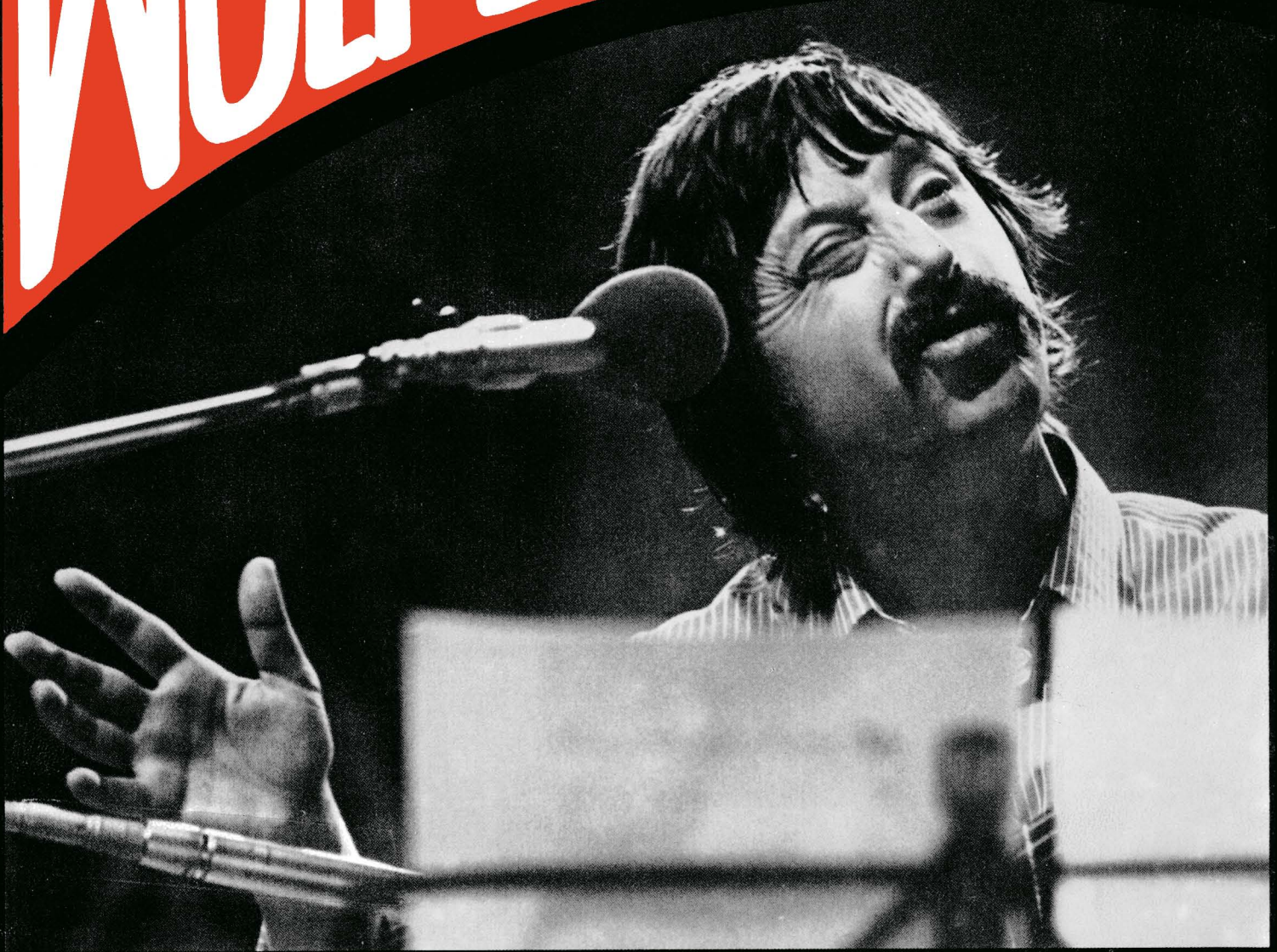
Ersteres gilt für die Kommentare über den Parteitag der KPÖ - hier scheint mir allerdings übersehen worden zu sein, daß die vorher in der Volksstimme veröffentlichten kritischen Diskussionsvorschläge laut Berichterstattung des Zentralorgans nachher im Parteitagsablauf nicht mehr zum Zug kamen - es gilt auch für Eure Stellungnahme zum SPÖ-Programmentwurf. Informationswert hatte für mich der Artikel über die Palmers-Entführung, über die LiLi, mit der klaren Ablehnung der Terrorszene in jedem Sinn, auch der Terrorpsychose von oben oder von der kleinbürgerlichen Mitte. Und schließlich scheint mir diesmal Eure Analyse der Verhältnisse im Nahen Osten weit abgewogener und sachlicher als Eure "spritzigen" Kommentare zu diesem Konflikt in früheren "offensiv links"-Nummern. Auch wenn unterdessen sowohl die Stellung Israels wie Ägyptens wieder andere Aspekte zeigt, müßte diese Haltung aufrechterhalten werden. Die wechselnden Positionen sind charakteristisch für alle Partner hier, nicht zuletzt auch für die PLO. Und es geht hier um Konflikte, die zu allen Zeiten bei Staatengründungen virulent waren.

Ich wünsche Euch Glück und Erfolg für die kommenden "neuen" Nummern, die hoffentlich weniger vom Druckfehlerteufel heimgesucht werden.

1977/2/5

Dr. Selma Steinmetz

WOLF BIERMANN



13. April 1978, 19 Uhr

Wiener Stadthalle (Halle B)

Solidarität mit der sozialistischen Opposition Osteuropas

Es spricht: Zdenek Mlynař (ehem. Sekretär des ZK der KPC)

Kartenvorverkauf: bfs und WTB, 1040, Belvederegasse 10, Telefon 65 19 52; Club Links, 1020, Odeongasse 1;
Buchhandlungen Heinz Kollisch, 1010, Rathausstraße 18, Brigitte Herrmann, 1010, Grünangergasse 1;
Bücher-Herzog, 1060, Mariahilfer Str. 1; Frauenzimmer, 1080, Lange Gasse 11; Kartenbüros und bei den Stadthallenkassen.

Veranstaltet von:



**Gewerkschaftliche
Einheit**



**Wiener
Tagebuch**



**Bewegung
für Sozialismus**